

Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der tschechoslowakischen Republik.

Bezugs-Bedingungen:
Bei Zustellung ins Haus oder bei Bezug durch die Post:
monatlich Ks 16.—
vierteljährlich 48.—
halbjährlich 96.—
ganzzährlich 192.—

Abschließung von Manuskripten erfolgt nur bei Einreichung der Retourmarken.

Erscheint mit Ausnahme des Montags täglich früh

Ein Helfer Benešs.

Die gesamte tschechnationale Öffentlichkeit hat den französisch-tschechischen Bündnisvertrag aus leicht verständlichen Gründen nicht nur völlig kritiklos, sondern mit ungeteilter Freude aufgenommen. Sogar die tschechischen Nationaldemokraten, die in alter intimer Feindschaft zu Herrn Dr. Beneš immer darauf lauerten, ihm ein Bein zu stellen, sind befriedigt. Auch in der Bevölkerung wird keine Stimme des Bedenkens laut. Die Auffassung des Vertrages fließt hier vorwiegend aus Gefühlsstimungen, deren Quellen weit zurückliegen. Die Tschechoslowakei verdankt ihre Entstehung den Friedensverträgen, deren Gestaltung und Erhaltung vor allem Frankreichs Willen zuzuschreiben ist. Seit Gründung der Republik beherrscht die Tschechen die Sorge nicht nur um die Erhaltung der Republik, die sie einzig von der Erhaltung der Friedensverträge abhängig wähnen, sondern auch um die Konservierung der heutigen Machtverhältnisse in ihr. Zu dem Gefühl der Dankbarkeit für Frankreich als dem „Befreier“ kommt die Erwägung, daß keine zweite Großmacht, — da alle übrigen unten den Folgen der Friedensverträge schwer zu leiden haben, — auf der Verteidigung der Verträge so besteht, wie Frankreich. Schließlich verbindet das tschechische Volk mit Frankreich eine alte Sympathie aus jener Zeit, da das Letztere der Revancheidee gegen Deutschland huldierte und die Tschechen an der deutschen Herrenklasse bei ihren Selbstständigkeitsbestrebungen ihr größtes Hindernis fanden. Das alles hat befreiend, wie im Gefühlleben des tschechischen Volkes seine Spuren hinterlassen, die von seinen Nationalisten künstlich frisch erhalten werden, und nicht selten geradezu in Frankomanie ausarten: in der Nachahmung französischer Sitten und Moden, in der Bevorzugung der französischen Sprache, in der Verherrlichung alles französischen, in der Pilger- und Vorliebe für französische Literatur, Kunst und Wissenschaft, selbst im Kinokitsch, findet sie ihren äußeren Ausdruck, oft in einem Maße, als wenn es hinter der inneren und äußeren Kultur Frankreichs keine andere Welt mehr gäbe.

Aus dieser gefühlsmäßigen Auffassung werden von der tschechischen Öffentlichkeit vielfach auch die politischen und wirtschaftlichen Dinge betrachtet. Als einzelner Beweis diene, wie man in den ersten Jahren nach dem Umsturz die Richtung der tschechoslowakischen Handelspolitik künstlich nach dem Westen, besonders gegen Frankreich, zu orientieren suchte, ein Unterfangen, das dem Bestreben gleich, einen Strom bergauf fließen lassen zu wollen, und das die tschechoslowakische Industrie durch Verlust wichtiger Absatzmärkte teuer genug bezahlen mußte.

Es hat sich aber neben der tschechischen Presse auch noch ein anderer „deutscher“ Helfer für Beneš und seinen Vertrag gefunden. Zwar tritt er nicht offen für ihn ein, denn das würde bei vielen seiner Getreuen doch Widerspruch finden. Aber was er sich zu tun bemüht, das ist jenen Rebel zu erzeugen, in dem die Konturen, die Schärpen und Manien dem Auge weniger sichtbar werden, das ist auch das Streben, den Vertrag, seine Tendenzen, seinen Charakter ins Harmlose umzubringen. Dieser Helfer ist das „Prager Tagblatt“, das Blatt der jüdisch-deutschen Großbourgeoisie. Liebt man seine Darstellung des Bündnisvertrages, so empfängt man den Eindruck, daß selbst Herr Dr. Beneš keine Sache nicht besser führen könnte, als sie dieses deutschbürgerliche Blatt in gehäufte und wohlberedete „Objektivität“ führt. Die tschechische Presse hat darum auch nicht verfehlt, dieser „Objektivität“ ein Wohlverhaltenzeugnis auszustellen und sie in Gegenlag, beispielsweise zu unserer Beurteilung der Folgen des Vertrages zu stellen. Zwar kann das Blatt nicht leugnen, daß das Bündnis bedenkliche Verpflichtungen für die Tschechoslowakei, gefährliche Gegnerschaften und Bestimmungen in den nichtfranzösischen „eingestelltesten Staaten wecken kann, aber es hofft

Sieg der Berliner Metallarbeiter!

Der Angriff der Unternehmer zusammengebrochen. — An dem Achtstundentag darf nicht gerührt werden.

Berlin, 5. Jänner. (Eigenbericht.) In dem Lohnkonflikt in der Berliner Metallindustrie ist es heute zu Verhandlungen gekommen, die abends zu einer Verständigung führten, wodurch die Aussperrung und die Arbeiterstreiks als beigelegt zu betrachten sind.

Bei der gegenwärtigen Kräfteverteilung kann die Verständigung als ein großer Erfolg der Gewerkschaftsorganisationen bezeichnet werden. In der Lohnfrage ist das Verhandlungsergebnis bedeutend günstiger als es die Regelung gewesen wäre, die von den Metallindustriellen vorgeschlagen wurde. Der Stundenlohn beträgt an der Spitze 48 Goldpfennige, in der Frage der Arbeitszeit ist vereinbart worden, daß für die Dauer des jetzt geltenden Tarifvertrages an der bestehenden Arbeitszeit nicht gerüttelt werden dürfe. Nach Ablauf des Vertrages ist es beiden Parteien gestattet, bei besonderen Verhältnissen und wirtschaftlichen Bedürfnissen in einzelnen Betrieben auf Grund von Abmachungen zwischen beiden Organisationen eine vorübergehende Verlängerung der Arbeitszeit vorzunehmen. Dabei soll aber an dem Achtstundentag grundsätzlich als Arbeitszeit in der Berliner Metallindustrie festgehalten werden.

Maßregelungen dürfen aus Anlaß der Lohnbewegung nicht vorgenommen werden. Die Aussperrten und Streikenden müssen nach Maßgabe der technischen Möglichkeit wieder eingestellt werden; bis längstens 15. Jänner dürfen die Betriebe, die durch Streik und Aussperrung betroffen waren, keine anderen neuen Arbeitskräfte einstellen.

Der neue Kurs in England.

Abberufung der Vertreter aus der Reparationskommission?

London, 5. Jänner. (Gavas.) Im Auftrage des ausländischen Diplomaten versichert worden, daß das Kabinett der Arbeiterpartei keine besonderen Schritte unternehmen werde. Es werde dieselbe Richtung beibehalten, die Baldwin verfolgt hätte. Baldwin und Curzon waren entschlossen, die englischen Truppen in Köln, sowie auch die Vertreter in der Reparationskommission und in der Dischaster-Konferenz zurückzuziehen.

Dies ist daselbe Programm, welches auch Macdonald durchzuführen beabsichtigt. (Man hat Anlaß zu hoffen, daß Macdonald noch einen tüchtigen Schritt weiter tun wird, als es das sehr besorgte Gavas-Büro von Baldwin und Curzon angenommen hat. D. Red.)

Minierarbeit gegen die Arbeiterregierung.

Die Tories fürchten um den Bestand Englands.

London, 5. Jänner. (N. N.) Nach verlässlichen Informationen sind die Nachrichten, welche gestern kurzstert haben, daß der wahrscheinliche Regierungsantritt der Arbeiterpartei einen ungünstigen Einfluß auf das in Großbritannien investierte Kapital ausgeübt habe, unwahr. Es verweisen im Gegenteil auch diejenigen Blätter, welche die Politik der Labour Party am meisten angegriffen haben, darauf, daß eine derartige Klundgebung auf vollständiger Unkenntnis der politischen Situation in England begründet sei. Obwohl das Pfund kürzlich zurückgegangen ist, zum Beispiel im Verhältnis zum Schweizer Franken, geschah dies ja auch mit dem französischen Frank und anderen Währungen.

Der „Daily Telegraph“, der stets ein großer Widersacher der Labour Party war, verweist im Zusammenhang mit den erwähnten Nachrichten auf die freundlichen Klundgebungen, mit welchen die Großindustriellen und Bankiers das neue Jahr begrüßt haben und bemerkt, daß diese Leute, die

die politischen Ereignisse notwendigerweise aus der Nähe studieren, sich dahin äußern, daß ihr Vertrauen nicht erschüttert sei. Weiter hebt das Blatt hervor, daß die Labour Party die Regierung nur im Einvernehmen mit Asquith (?), dem früheren liberalen Ministerpräsidenten übernehmen könne, welcher als erster unter allen fest an den Konstitutionalismus glaubt.

Der hervorragende Führer und wahrscheinliches Mitglied einer jeden Arbeiterregierung

J. D. Thomas,

erklärte heute: „Ich kann mir nicht vorstellen, daß die Arbeiterregierung unter den Umständen, unter welchen sie die Regierung übernimmt, und bei der derzeitigen politischen Konstellation etwas tun könnte, was das Vertrauen in die Stabilität und die Zukunft dieses Staates erschüttern würde. Ich kenne meine Kollegen aus der Labour Party und kann ohne Zögern erklären, daß sie der gleichen Anschauung sind.“

sich fest auf die Klugheit, Einsicht und Gewandtheit Dr. Benešs, der schon alles zum besten wenden werde. Es sieht in dem Umstand, daß Dr. Beneš (vorausgesetzt, daß er es tat!) sich mit den französischen Staatsmännern über die tschechoslowakische Befreiungstaxe „unterhalten“ hat, den „Beweis“, — ja, welchen? — also den „Beweis“, daß „diese Allianz nicht allein unter dem Gesichtspunkte der französischen Hegemoniebestrebungen und ihrer Verstärkung durch einen assoziierten Staat betrachtet werden will“. Als ob das Eine das Andere ausschließen würde! Als ob die französischen Vorherrschtsbestrebungen nicht beständen oder weniger gefährlich wären, weil Herr Dr. Beneš mit der Befreiungstaxe beim

böse Menschen, die nicht „üblich idealem Sinne“ folgen, dem Dr. Beneš so etwas „unterstellen“ können, findet das Blatt, daß selbst wenn die „Untersteller“ Recht hätten, Dr. Benešs Bündnis noch immer ein Ausbund von Harmlosigkeit wäre. Sie, nämlich die „Untersteller“, ließe einem Vertrag, „der unter der Einwirkung solcher Erwägungen entstanden ist, harmloser erscheinen, als einen, dessen wesentlicher Zweck die Unterstützung der Politik Poincarés, die Umkreisung Deutschlands und die Teilung Europas in mehrere durch Defensivbündnisse gegeneinander mißtrauisch gemachte Staatengruppen wäre“. Talmudistik ist für diese Argumentation ein viel zu gelindes Wort. So nebenbei, gewissermaßen aus dem Handgelenk heraus, wird das Bündnis als „harmlos“ und als keineswegs auf die Umkreisung Deutschlands und auf die Teilung Europas in zwei einander feindliche Machtgruppen hinwirkend charakterisiert. Es soll „nur“ dazu helfen, Frankreich eine „breite Operationsbasis“ gegen die kommende englische Arbeiterregierung Mac Donald zu schaffen! Das hält das „Prager Tagblatt“ für „harmlos“. Wohl deshalb, weil die Bemühungen der englischen Arbeiterregierung auf eine Art der Lösung der in Europa schwebenden Fragen, vor allem der Reparationsfrage, gerichtet sein werden, die nicht jener des französischen Imperialismus entsprechen. In dieser Weise geht es weiter; nicht ein Wort des ersten Bedenkens gegen das Bündnis, der immerzu die „objektive“ Erklärung, Ausdeutung und Rechtfertigung erfährt.

Diese Art der Betätigung des Blattes der deutschen Großbourgeoisie ist nicht neu und sie erfolgt nicht zum erstenmale. Es hat bereits auf eine Reihe von Verdiensten hinzuweisen, die es den tschechischen Regierungen erwiesen hat, und es hat sich demgemäß bei ihnen seit je der entsprechenden Veranschönerung erfreut. Für diese Haltung wäre der Umstand keine hinreichende Erklärung, daß sich die Regierung und ihre Organe durch Uebermittlung von Nachrichten dankbar erweisen. Der Grund liegt tiefer und ist in der Interessengemeinschaft der deutschen mit der tschechischen Bourgeoisie, die vielfach besteht, und deren Hüterin und Sachwalterin die Regierung des kapitalistischen Staates ist, zu suchen. In diesem besonderen Falle: der Bündnisvertrag zwischen Frankreich und der Tschechoslowakei ist der deutschen Großbourgeoisie, mag er auch gegen Deutschland gerichtet sein und das schärfste Mißtrauen der nichtfranzösischen Welt hervorrufen, alles eher als unsympathisch, denn sie vertritt sich von ihm eine Förderung ihrer Profitinteressen. Was bezweckt das Bündnis politisch? Die Erhaltung der Friedensverträge! Und wirtschaftlich? Die Erhaltung des Zustandes des durch den Raub des Ruhrgebietes entstandenen gegenwärtigen Kräfteverhältnisses zwischen dem deutschen und französischen Kapitalismus. Der Beitritt der Tschechoslowakei zu der die Industrie Frankreichs und des Ruhrgebietes umfassenden Wirtschaftsgruppe soll einen Konzern ergeben, der Deutschlands Konkurrenz dauernd niederzuhalten bestimmt ist, dem für seine kapitalistischen Interessenten insbesondere dann eine große Bedeutung zukäme, wenn es, wie geplant ist, gelänge, die Tschechoslowakei zur Brücke dieses Wirtschaftskonzerns nach Rußland zu machen, um ihm dort die erforderlichen Absatzmärkte zu schaffen. Daß dabei der französische Imperialismus gestärkt wird, darum scheeren sich die deutschen Kapitalisten bei uns ebensowenig, wie sich der deutsch-nationale Stinnes um das deutsche Volk scheerte, als er darauf ausging, auf eigene Faust mit dem französischen Eindringling seinen Frieden zu machen. So kann Herr Dr. Beneš zufrieden sein: der Zustimmung auch der deutschen Großkapitalisten ist er sicher. Winkt ihrem Geldsack ein Vorteil, dann mag die übrige Welt zugrundegehen. Eine Frage bleibt nur, was die Leser des Blattes dieser Großbourgeoisie, die zum größten Teil nicht gerade zur Kapitalistenklasse gehören, zu dieser Liebedienerei für das französisch-tschechoslowakische Freundschaftsbündnis sagen!

Hände weg vom Achtstundentag!

Wirtschaftskrise und Spaltung des Proletariats waren wohl die bedeutsamsten Faktoren, welche zur politischen Schwächung der Arbeiterklasse und zur Stärkung des nach dem Kriege in Mitteleuropa zusammengebrochenen Bürgertums führten. Diese Position sucht das Bürgertum nicht nur politisch auszunützen. Alle politische Macht dient dem Bürgertum vielmehr dazu, seinen Profit zu vergrößern, die Ausbeutung der Arbeiterklasse zu steigern. Dem hemmungslosen Ausbeutungsdrang des Bürgertums steht aber ein Hindernis entgegen. Die Arbeiterklasse hat in vielen Ländern ihre nach dem Kriege gestärkte politische Machtposition und ihren Einfluß auf die Regierungen dazu ausgenützt, daß sie im Gesetzwege wichtige sozialpolitische Errungenschaften, denen der Kampf von Jahrzehnten gegolten hatte, festgelegt hat. Wohl die bedeutendste Errungenschaft ist der mitteleuropäische Achtstundentag, gegen den sich die ganze Brut und der ganze Widerstand der bürgerlichen Klasse richten.

In Deutschland, wo der Achtstundentag nicht durch Gesetz, sondern durch Verordnung festgesetzt wurde, ist es tatsächlich den Unternehmern in der letzten Zeit gelungen, den Achtstundentag zu durchbrechen. Wohl wird die Verlängerung des Arbeitstages in den betreffenden Vereinbarungen als eine vorübergehende bezeichnet, aber ein solches Provisorium trägt leicht die Gefahr in sich, zu einem Definitivum zu werden. Die deutsche Arbeiterklasse ist in einem furchtbaren Elend, ihre Widerstandskraft ist zermürdet und so muß das deutsche Proletariat den Achtstundentag Schritt für Schritt preisgeben. Diese Erfolge der deutschen Kapitalistenklasse ermuntern — wie es scheint — auch die Kapitalisten anderer Länder zum Streich gegen den Achtstundentag auszuholen.

Die Unternehmer und ihre Helfershelfer versuchen den Arbeitern in verführerischem Tone einzureden, daß eine Verlängerung der Arbeitszeit auch für die Arbeiter von Vorteil sei: Die Arbeiter könnten dabei mehr verdienen als bisher. Vielfach werden von den Unternehmern, trotzdem wir noch immer ein Heer von Arbeitslosen haben, Überstunden mit der Absicht eingeführt, die Arbeiter an eine längere Arbeitszeit zu gewöhnen. Ein tschechisches Blatt erzählte vor einigen Tagen, es sei ungerecht, wenn der schwer arbeitende Berg- oder Metallarbeiter genau dieselbe Arbeitszeit habe wie ein Bahnhofsportier! Die Schwerarbeiter werden sich für die Anteilnahme der tschechischen bürgerlichen Blätter bedanken, weil sie merken, woher der Wind weht. Ueberhaupt tritt in der bürgerlichen Presse immer häufiger die Argumentation auf, daß an den kritischen wirtschaftlichen Verhältnissen der Nachkriegszeit der Achtstundentag schuld sei und daß es der Welt besser gehen werde, wenn die achtstündige Arbeitszeit wieder beseitigt sein wird.

Auch in der Tschechoslowakei mehrten sich die Stimmen der bürgerlichen Blätter, welche in mehr oder weniger versteckter Weise gegen den Achtstundentag Stimmung zu machen versuchen. So war in der letzten Nummer der Wiener Zeitschrift „Die Börse“ ein Artikel ihres Prager Redakteurs, in welchem dieser das Schreckgespenst eines deutschen „sozialen Dumpings“ an die Wand malte, das heißt, er hegt für die Konkurrenzfähigkeit der tschechischen Industrie gegenüber der reichsdeutschen Befürchtungen, wenn diese zehn Stunden arbeitet und jene nur acht Stunden. Von

der Herabsetzung der Löhne, welche die Produktionskosten der tschechoslowakischen Industrie senken haben, wird in diesem Zusammenhang nichts erwähnt. Das würde den tschechoslowakischen Unternehmern so passen: erst die Löhne herabsetzen und dann die Arbeitszeit verlängern!

Auf denselben Ton sind die Ausführungen des „Nolo“, der Tageszeitung der nationaldemokratischen Landwirte gestimmt, worin nicht mehr schüchtern, sondern ganz offen die Forderung nach einer Revellierung des Gesetzes über den Achtstundentag erhoben wird. Das genannte Blatt schreibt:

„Die Revellierung des Gesetzes über die achtstündige Arbeitszeit wird zweifellos von den Verhältnissen erzwungen (!! D. Red.) werden, die stärker sind als alle sozialistischen Theorien, wofür das sozialwissenschaftliche Nachdenken der beste Beweis ist. Daß vor allem das Gesetz über die Arbeitszeit in der Landwirtschaft geändert werden muß, ist selbstverständlich.“

Es ist zweifellos, daß sich in der nächsten Zeit mehr derartige Stimmen erheben werden. Die ganze bürgerliche Oekonomie ist auf den Ton abgestimmt, daß alle wirtschaftlichen Uebel in der Welt auf den Achtstundentag zurückgeführt werden müssen. Vor dem Zusammenbruch der Wirtschaft und Gesellschaft nach dem Krieg, von der Zerstörung der Weltwirtschaft durch den Imperialismus, von der durch den Krieg und die Währungsverhältnisse bedingten technischen Zurückgebliebenheit der Industrie ist keine Rede. Alle diese Faktoren, welche die wirklichen Ursachen der chaotischen wirtschaftlichen Verhältnisse in Mitteleuropa sind, werden von den Goldschreibern der Bourgeoisie übersehen, alles wird auf eine Argumentation eingelassen, die die Stimmung für die Revellierung des Achtstundentagsgesetzes vorbereiten soll. Die Arbeiterklasse der Tschechoslowakei hat bisher die vereinzelten Panzertöße, die dem Sturm gegen den Achtstundentag galten, unbeachtet gelassen. Es geschieht dies in der Ueberzeugung, daß sie stark genug ist, einen Angriff gegen den Achtstundentag abzuwehren. Der Tiefpunkt der Wirtschaftskrise ist überschritten, überschritten ist auch die Zeit der ärgsten Nachlässigkeit der Arbeiterklasse. Die gesamte Arbeiterklasse der Tschechoslowakei wird wie ein Fels sein, wenn es einzelne bürgerliche Parteien wirklich wagen sollten, den Achtstundentag anzutasten. In dieser Hinsicht müssen alle Spekulationen der Bourgeoisie auf die Uneinigkeit der Arbeiterklasse in der Tschechoslowakei fehlschlagen. Deutsche und tschechische Arbeiter, Sozialdemokraten und Kommunisten werden den Achtstundentag mit dem Einsatz ihrer ganzen Kraft verteidigen. In der Abwehr eines Angriffes auf den Achtstundentag würde die Bourgeoisie erkennen, daß die Arbeiterklasse ihre Klasseninteressen verteidigen kann mit dem feurigen Mut und der erprobten Fähigkeit, wie sie einer Klasse eigen sind, die die Gesellschaft umgestalten will.

Jede Woche ein bis zwei Bahnunfälle.

Prag, 5. Jänner. Die Eisenbahndirektion Prag-Süd teilt mit, daß am 5. Jänner 11.15 Uhr der gemischte Zug 3454 in Borscht auf einen verstellten Geleise einfuhr. Drei Reisende wurden leicht verletzt. Sonstige Folgen hatte der Unfall nicht. Die Ursache des Unfalles wird untersucht. (Dieser letzte Satz ist selbstverständlich. Auch die Nichtveröffentlichung der drei Tugend Untersuchungsresultate über Eisenbahnunfälle in den letzten Wochen ist selbstverständlich. Die Red.)

Der asiatische Tanz.

Von Sven Hedén.

Dieser Aufsatz ist dem Buche „An der Schwelle Innerasien“ entnommen, das mit Bildern nach Skizzen und Photographien des Verfassers selbst, nach Gemälden Bereschtschagins u. a. geschmückt, vor kurzem im Verlag B. A. Brodhaus in Leipzig erschienen ist. Sven Hedén schildert darin zunächst seinen ersten Aufenthalt in der Märchenstadt Samarkand, der Residenz des mächtigen Despoten Timur Bent (Tamerlan), dessen abenteuerliche Geschichte er ausführlich erzählt. Auf schwierigen Wegen bringt der damals fünfundsiebzigjährige aus russisch-Turkestan über den gewaltigen Gebirgswall des Hindukusch vor in die Heimat der Kara-Kirgisen, die ihn gastfrei aufnehmen und nach Kräften unterstützen. Im Koschgar tritt er zum ersten Mal in Verbindung mit der chinesischen Welt. Der Heimweg führt ihn an alte Ruinen, um die Sage und Geschichte ihre grünen Schleiern weben und an das einsame Grab des berühmten russischen Afrikanforschers Pjotr Pawlitschew. Das Buch, das den 23. Band der Sammlung „Reisen und Abenteuer“ bildet, wird den zahlreichen Freunden des fernen Ostens eine willkommenes Gaben sein.

Ballabak ist ein überaus feines Stadtviertel in Samarkand. Es ist der Aufenthaltsort der Tänzerinnen und liegt außerhalb des „Roten Tores“ von Samarkand, durch das der Weg nach Buchara führt. In jedem der vielen Häuser von Ballabak findet man ein Tanzlokal. Von der Straße kommt man gewöhnlich in einen Hof, aus dem man über eine Holzstiege in eine hochgelegene Wohnung gelangt, in der ein Zimmer dem Tanz gewidmet ist. Die Tänzerin zu ebener Erde sind von Wogalgen und Safawen eingenommen. Jedes Tanzlokal wird von einem Manne gehalten, der den ganzen Tag vor seiner Tür sitzt und die Kunden auf der Straße anlockt. Das Zimmer ist in der gewöhnlich dürftigen Weise ausgestattet, der Boden ist mit Matten bedeckt. Die Tänzerinnen vertreten alle Völker Asiens. Am häufigsten sind es Tadschiken und Usbekinnen, aber auch Perserinnen und Afghaninnen sind nicht selten. Jung sind sie alle; Mädchen von 12 oder 13 Jahren sind nichts Außergewöhnliches. Viele sind sehr hübsch, was vor allem von den Afghaninnen gilt. Die Asiaten betrachten den Tanz als eine Kunst, und die Tänzer und Tänzerinnen, die es darin zu hoher Fertigkeit gebracht haben, werden wie die berühmtesten Schauspieler bewundert. Selbst ein Europäer staunt über die Geschmeidigkeit und Kraft der Glieder, und man verfolgt die rasch wechselnden Bewegungen der Tanzenden mit gespanntem Interesse, wenngleich sie nach unseren Begriffen weit von dem entfernt sind, was wir als gräßlich ansehen; sie sind bestimmt, die Sinnlichkeit des Orientalen zu erregen. Wie in Persien besteht der Tanz aus Drehungen und Schwüngen des ganzen Körpers; das Haupt wird gebeugt, die Arme werden bewegt, die Tänzer schnippen mit den Fingern und stampfen mit den Füßen. Alle diese Bewegungen werden in raschem Takt nach den Klängen der Musik ausgeführt, die die Tanzenden zu immer neuen Anstrengungen aufreißt. Die Tänzerinnen in Samarkand tragen bunte weite Kleider und sind mit Schmuck aus Münzen und Metallblättchen überdeckt. Das Haar ist in mehrere lange Flechten geteilt, an denen Tropfen und verschlebener anderer Schmuck angebracht sind. Die Tänzerinnen tragen Halsbänder, Armbänder und Ringe. Die Ringe werden gewöhnlich mit Senna rot gefärbt. Wenn sie im Hause auftreten, sind die Tänzerinnen natürlich nicht verkleidet, sie sind auch sonst nur recht leicht bekleidet.

Der Tanz, den die „Baischas“ genannten Jungen aufführen, ist womöglich noch einfacher als der Tanz der Mädchen. Die Baischas sind wie Mädchen gekleidet und tragen auch wie sie Porzellan-Ringe und sonstigen Schmuck. Sie treten auf Bestellung gegen Bezahlung auf und werden als Künstler bewundert; einige sind weit

Gegen die Generaloffensive der Ausbeuter.

Ein Aufruf des Allgemeinen Gewerkschaftsbundes.

Berlin, 5. Jänner. (Eigenbericht.) Der Vorstand des Allgemeinen Gewerkschaftsbundes richtet angesichts der in ganz Deutschland zu beobachtenden Angriffe der Unternehmer gegen die Arbeitszeitbedingungen und gegen die Forderung der Arbeiter einen Aufruf an die gesamte Arbeiterschaft, in dem er sie auffordert, dieser Gefahr gegenüber alle Geschlossenheit und Einmütigkeit in der Organisation zu bewahren.

Der Aufruf spricht die Ueberzeugung aus, daß es gelingen werde, den augenblicklichen Ansturm der Unternehmerschaft durch die Geschlossenheit des organisierten Proletariats zu vereiteln.

Kobach wird angeklagt.

Wegen Gründung einer verbotenen Vereinigung.

Berlin, 5. Jänner. Wie der „Kosak-Anzeiger“ wissen will, werden die Beratungen des Reichskabinetts am kommenden Montag wieder aufgenommen werden.

Blättermeldungen zufolge ist gegen die Gründer der vom Minister des Inneren Severing verbotenen „Großdeutschen Arbeiter-Partei“, den gegenwärtig in München weilenden Oberlenkern a. D. Kobach und den deutschösterreichischen Führer Fahrenhorst das Hauptverfahren wegen Begründung einer verbotenen Vereinigung eröffnet worden.

Beratungen über Thüringen und Bayern.

Berlin, 5. Jänner. (Eigenbericht.) Heute trafen in Berlin die Mitglieder der thüringischen Regierung ein, um die direkten Besprechungen mit der Reichsregierung aufzunehmen. Das Reichskabinet wird sich wahrscheinlich am Montag mit der thüringischen und bayerischen Frage beschäftigen.

Es ist keine Zeit, in Deutschland die Arbeit zu lagern.

Berlin, 5. Jänner. Wie der deutsche Handelsdienst mitteilt, hat der Chef der Seeresleitung dem Wirtschaftspolitiker und Statistiker Richard Calwer eine Verwarnung zugehen lassen, weil er in seinen wirtschaftlichen Tagesberichten in einem Aufsatz „Wohin die Reise geht“ der Reichsregierung vorgeworfen hatte, durch eine neue Inflation das Volk aus Dummheit oder Absicht zu betrügen. Der Chef der Seeresleitung teilte Calwer mit, daß er im Wiederholungsfall genötigt sein werde, mit den Mitteln des Ausnahmestandes vorzugehen.

Sie haben Deutschlands Elend noch immer nicht auskuriert.

Berlin, 5. Jänner. (Wolff.) Professor Emerson von der Columbia-Universität, der zusammen mit Professor Patterson von der Pennsylvania-Universität von General Allen nach Deutschland entsendet wurde, um festzustellen, inwiefern tatsächlich Not herrsche, hat nach dem Stadium der Berliner Krankenhäuser, Säuglingsheime, Kinderhorte, Waisenhäuser und Obdachlosenheime nach Amerika telegraphiert, daß er die Berichte über die Unterernährung durchaus bestätigt finde. Die Nährverjorgung Berlins betrage nur noch ein Fünftel der Vorkriegsmenge. Ein Viertel der Berliner Bevölkerung sei auf Unterstützung angewiesen. Der Mangel an

und breit berühmt. Nicht selten wird der Tanz mit Gesang begleitet, dessen Text in einem Dialog mit einigen Musikanten vorgetragen wird. Mehr als zwei Tänzer treten gleichzeitig nicht auf. Die Baischas verdienen viel durch ihre Kunst, sterben aber trotzdem sehr oft im prähtigen Elend. Einige halten Teelotale in den Baischen und können jederzeit auf treue Stammkundenschaft rechnen.

Wenn sich auch der asiatische Tanz überall durch gewisse charakteristische Züge auszeichnet, gibt es darin doch Verschiedenheiten, die nach Stämmen oder Gebieten benannt werden, in denen sie besonders im Schwang sind. So sind zum Beispiel die Tänze von Kaschgar und Schiras bekannt, auch die der Afghanen.

Auf die Musik wird großer Wert gelegt. Beim Tanz der Baischas wird sie von Männern, bei dem Tanz der Mädchen von Frauen ausgeführt. Gepleit wird auf Saiteninstrumenten, Tamburin, Trommel und auf flötenähnlichen Klarinetten. Die Saiteninstrumente sind die zweifaltige Dutar, die dreifaltige Sitara und die vierfaltige Tschetara; dies sind persische Wörter. Die Ähnlichkeit zwischen Sitara und Zither und Tschetara und Sitare fällt in die Augen. Der mit Metallblättchen besetzte Rand des Tamburins ist mit Biogensell überzogen. Beim Schlagen des Tamburins wird es über ein Mangal (Kohlenbecken) gehalten, damit sich das Tamburinsell leichter spannen läßt.

Dem asiatischen Tanz eigentümlich ist, daß er nur von dazu besonders geschulten Personen ausgeführt wird und daß er an sich als unwürdig und erniedrigend angesehen wird. Jemand, der sich nicht besonders dazu eignet, würde sich furchtbar lächerlich machen, wenn er im Tanz auftreten würde. Die hastigen Bewegungen des Tanzes stimmen nicht zu der würdevollen Ruhe des Asiaten. Dem Tanz zuzusehen, ist dagegen nicht entwürdigend, sondern ein Vergnügen. Der europäische Tanz ist in den Augen der Asiaten geradezu schrecklich. Sie können nicht begreifen, wie es möglich ist, daß ein Mann ohne weiteres eine Frau umfaßt und mit ihr sich im Kreise herum-schwenkt.

Nahrungsmitteln, Kohle und Licht und die Wohnungsnot im Verein mit der Schließung der Krankenhäuser und der geringen Inanspruchnahme ärztlicher Hilfe habe eine starke Zunahme von Krankheiten zur Folge. Für die Kinderernährung fehle es hauptsächlich an Milch, Butter, Fett und Lebertran.

Die Alliierten unter sich!

Eine Flottendemonstration gegen Frankreich?

Berlin, 5. Jänner. Die Blätter berichten nach der „Telegraphen-Union“ aus Rom: Noch im Jänner werden im Mittelmeer Flottendemonstrationen der englischen Flotte stattfinden, an denen Verbände der italienischen Flotte teilnehmen werden. Ebenso ist die Teilnahme spanischer Marineverbände in Aussicht genommen. Diesen Flottendemonstrationen nicht man besondere Bedeutung bei, welta es das erstemal ist, daß englische Verbände mit italienischen, und spanischen Flottenverbänden in Durchführung einer gemeinsamen Idee manövrieren.

Sie werden in Belgrad nur Schlimm tunen!

Woh ein Meinungsaustrausch. — Bleibt aber aber auch ein kleines Vertrag.

Bukarest, 5. Jänner. Außenminister Ducea erklärte Pressevertretern gegenüber über die Konferenz der Kleinen Entente in Belgrad, daß die Auslandspresse die Bedeutung dieser periodischen Konferenzen übertriebe, deren Zweck es ist, den Außenministern der Tschechoslowakischen Republik, des Königreiches SHS und Rumaniens die Möglichkeit zu geben, wenigstens zweimal im Jahre persönlich ihre Anschauungen über die internationale Lage austauschen, um zu den Entschlüssen besser Stellung nehmen zu können. Auf der Tagesordnung der Konferenz befindet sich tatsächlich bloß ein Meinungsaustrausch über die gegenwärtige Lage und die Erläuterung einiger kleinerer Punkte betreffend den Standpunkt der Kleinen Entente zur ungarischen Anleihe. In beiden Punkten ermöglicht die ständige Fühlungnahme zwischen Prag und Belgrad, daß auf der Konferenz bloß der gemeinsame im vorhinein festgelegte Standpunkt präzipiert werden wird. Wenn tatsächlich Begegnungen vorhanden sein werden, welche die Kleinen Entente zu einer besonderen Entscheidung bestimmen würden, dann werde die öffentliche Meinung rechtzeitig (so rechtzeitig, wie den Abschluß des Passarviranes nach dem Herbstbesuch in Paris. D. Red.) davon benachrichtigt werden. Weden wir aber keine Hoffnungen, sagte Ducea, die sich dann als eine überflüssige Enttäuschung herausstellen würden.

Der Bluthund von Segovang läßt sich vernehmen.

Budapest, 5. Jänner. (Eigenbericht.) Jwan Sejjas, der Bluthund des weißen Terrors, ist heute aus Reckemet in Budapest angekommen und suchte Mittag die Polizeidirektion auf, wo er von dem Polizeihauptmann Scrubyan verhört wurde. Dieses Verhör verlief sehr geheimnisvoll hinter verschlossenen Türen. So gar die Polizeibeamten aus den Nachbargimmern wurden, nachdem diese außerdem abgesperrt worden waren, entfernt. Das Verhör fand unter vier Augen statt. Wie später durchsichtete, betrafen die Fragen des Polizeihauptmannes an Sejjas die „Tiefende“-Brigade im 15. Bld. fern, ob Sejjas im Dezember 1923 Waffen an die Bauern in der Umgebung von Reckemet und Gograd verteilte. Sejjas antwortete, daß er im Dezember, als der Minister des Innern die nationale Schutzabteilung der „Erwachenden Ungarn“ aufstellte, Waffen nach Reckemet transportieren ließ und sie dort zur Verteilung brachte. „Ich bin kein Mörder“, erklärte Sejjas pathetisch, „ich habe keinen Mord begangen, es ist vieles unter meinem Namen geschehen, das war aber ein Mißbrauch meines Namens.“ Das Verhör setzte sodann der Polizeidirektor-Stellvertreter Szentny, der Chef der politischen Abteilung der Polizei, fort. Er fragte Sejjas über dessen Teilnahme an der irredentistischen Bewegung aus. Näheres darüber, was Sejjas jagab oder was er leugnete, ist nicht in Erfahrung zu bringen. Das Verhör wird morgen fortgesetzt werden.

Standrecht gegen die Bombenattentäter

Ober: Sand in die Augen des Auslandes. Budapest, 5. Jänner. (U. Z. A. B.) Durch eine Verordnung des Justizministers wird das Standrecht im ganzen Lande auch auf das Verbrechen der Empörung, der Brandstiftung und auf den Mord und Mordversuch mit Sprengstoffen ausgedehnt.

Die deutsche Sozialdemokratie im Prager Parlament.

Der nachfolgende Bericht des Klubs der Abgeordneten und Senatoren der deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei lag bereits den Delegierten des Ausschusses vor. Um die gesamte Parochie mit dem Inhalt dieses Berichtes bekannt zu machen, bringen wir im Nachstehenden das Wesentliche daraus:

Das politische Leben der Tschechoslowakischen Republik wird nach wie vor durch die Tatsache bestimmt, daß das Regierungssystem der allnationalen Koalition unverändert weiterbesteht. Nach wie vor sind die tschechischen Parteien von dem Bestreben beherrscht, diesem Staate den Charakter des Nationalstaates aufzuprägen. Von diesem Standpunkte aus gibt es aber nur eine einzige Möglichkeit einer parlamentarischen Mehrheit und damit einer verfassungsmäßigen Regierung:

Die Koalition aller tschechischen Parteien

von den Sozialdemokraten bis zu den Nationaldemokraten. Eine solche Mehrheit ist aber zu schäpferischer Gesetzgebungsarbeit und zur Fortentwicklung des politischen Lebens unfähig, weil die in ihr vereinten, widerstrebenden Kräfte sich gegenseitig lähmen. Zugleich stellt dieses Regierungssystem die tschechische Staatsnation den anderen, beherrschten Nationen gegenüber und verewigt so den nationalen Kampf, der die wirtschaftliche, soziale und kulturelle Entwicklung hemmt. Indem unter dem wachsenden Einfluß der europäischen Reaktion und des erstarkenden Kapitalismus innerhalb der Koalition die sozialistischen Parteien mehr und mehr in die Defensive gedrängt werden, wird die allnationale Koalition zum Herrschaftsinstrument der tschechischen Bourgeoisie und der Agrarier über das eigene Proletariat sowohl wie über alle nichttschechischen Nationen in diesem Staate.

Diesem Regierungssystem gegenüber gab es für unsere Partei keine andere Stellung, als die der entschiedenen Opposition. Sie hatte die Interessen der deutschen Arbeiterklasse gegen eine Regierung zu vertreten, die dieser Klasse als Feind gegenübersteht und mühe in harter und aufopferungsvoller Arbeit für die Durchsetzung ihrer Forderungen ringt.

Am 24. Oktober 1922 stellte sich die neue Regierung dem Abgeordnetenhaus vor. Der Ministerpräsident kündigte die Fortsetzung der bisherigen Politik an. Es kennzeichnet die Unfruchtbarkeit des Systems, daß selbst von dem magere Reformprogramm inm Schluß: Reform der öffentlichen Verwaltung, Verwirklichung der Bauordnung in der Slowakei, Regelung der staatsrechtlichen Verhältnisse Karpatenrudiands, Steuerreform, fast nichts durchgeführt wurde. Die Forderungen der Arbeiterklasse kamen recht schlecht weg. Das Sozialisierungsprogramm Lazar war zum „eifrigen Studium“ der Verstaatlichung der Gruben zusammengeschrumpft (beim Studium ist es geblieben), den Arbeitslosen wurden Notstandsarbeiten versprochen; immerhin stellte die Verwirklichung der Sozialversicherung in Aussicht, der aber noch ein langer Lebensweg beschieden sein sollte.

In großangelegten Reden stellten die Genossen Czech und Pohl den Redensarten von der Konsolidierung die nackten Tatsachen gegenüber, die ein Bild tiefer wirtschaftlicher Ferrorüttung boten. Ebenso scharf kritisierte Genosse Czech den Scheinkonstitutionalismus, welcher die Diktatur der Pösta und den Absolutismus der Bureaucratie kaum mehr verhüllte. Vergebens appellierte Genosse Czech an die tschechischen Genossen, sich mit den deutschen Sozialdemokraten in eine Kampffront zu stellen, Wehner erwiderte darin nur eine Aufforderung — der Bourgeoisie die Macht zu überlassen. Daß die Einheit des Proletariats eine viel größere Macht bedeutet als Ministerfessel, diesem Gedanken blieben die tschechischen Genossen bisher unzugänglich.

Die deutsche Sozialdemokratie unternahm noch einen großen Versuch,

die nationale Frage,

wo nicht zur Lösung, so doch zur Aufrollung zu bringen. Denn nach wie vor erblickt sie im nationalen Frieden die unerlässliche Voraussetzung einer gesunden Entwicklung in diesem Staate. Daher forderten die Genossen Czech, Cernak und Hillebrand in einem dringlichen Antrage die Einsetzung eines Ausschusses, dem die Ausarbeitung von Gesetzen zur Regelung der nationalen Verhältnisse aufgetragen werden sollte. Dieser Schritt aufs Ganze erregte das lebhafteste Interesse der gesamten Öffentlichkeit und fand zunächst auch im gegnerischen Lager teilweise sachliche Würdigung. Die tschechischen Sozialdemokraten hatten im alten Desterreich gemeinsam mit den deutschen Genossen einen analogen Antrag durchgesetzt; es fiel ihnen recht schwer, nunmehr dagegen zu stimmen. Aber die Koalition konnte ihn nicht passieren lassen. Sie fand zunächst heraus, daß die selbständige Ausarbeitung von Vorlagen durch einen Ausschuss in der Geschäftsordnung nicht vorgesehen sei. Aber auch den modifizierten Antrag, der bloß auf Einsetzung eines Ausschusses lautete, brachte sie zu Falle. Damit ist der Weg zum nationalen Frieden auf absehbare Zeit endgültig verlegt.

Inzwischen steuerte die Majorität, immer unter der Flagge der Konsolidierung, mehr und mehr in reaktionäres Fahrwasser. Der

Herbstsession 1922

lag ein reichhaltiges Pensum vor. Aber es bedeutete keinen Schritt nach vorwärts, sondern Zurücksetzung des Parlamentes, Stärkung der Bureaucratie und schwere Lasten für die Bevölkerung.

Bereits bei Eröffnung der Session hatte Rasin dem Abgeordnetenhaus den Staatsvoranschlag unterbreitet. Trotz Sparmaßnahme und Deflation bewegte er sich in nahezu denselben Ziffern wie der vorjährige. Auf der Einnahmenseite überwogen nach wie vor die indirekten Steuern weitaus, die Ersparungen gingen zu Lasten der kulturellen und sozialpolitischen Aufwendungen. Das Landesverwaltungsministerium erforderte noch immer 15 Prozent aller Ausgaben, abgesehen von den unter anderen Titeln versteckten Militärlasten, gegen 4,5 Prozent Ausgaben für Schule und Volkskultur und nicht ganz 4 Prozent für soziale Fürsorge. In beiden Häusern übten unsere Genossen sowohl im Ausschuss wie im Plenum gründliche Kritik. Im Ausschuss war es vor allem Taub, dessen unermüdete Arbeit auch die Anerkennung aller Gegner fand, im Abgeordnetenhaus Sadenberg, im Senat Riehnner als Generalredner, während in die Spezialdebatte fast alle unsere Genossen eingriffen. Doch die Kritik verhallte. Am 4. Dezember bewilligte das Abgeordnetenhaus und schon am 15. Dezember der Senat den Voranschlag.

Es folgte eine Erneuerung des Dezembergesetzes, eine neue, empfindliche Kürzung der Staatsangebotsbezüge, die — beziehend für den sozialen Inhalt der Koalition — die niederen Kategorien weit härter traf als die höheren. In der Sitzung vom 15. Dezember sollte die Vorlage, nachdem die Koalitionsparteien sich nach langen Verhandlungen endlich geeinigt hatten, im Abgeordnetenhaus durchgepeitscht werden. Der stürmische Widerstand unserer Genossen brachte die Koalition in arge Verlegenheiten. In vorderer Nachmittagsstunde mußte die Sitzung unterbrochen werden. Erst gegen Morgen hatte die Mehrheit sich geeinigt; nun wurde das Gesetz mit geringfügigen Änderungen angenommen.

Im Dezember 1922 verhandelte das tschechoslowakische Parlament auch das Genfer Abkommen mit Desterreich. Bekanntlich sollte durch diese Vereinbarung Desterreich einen Kredit von 650.000.000 Goldkronen unter Garantie der Siegerstaaten erhalten, dafür aber sich einer drückenden Finanzkontrolle unterwerfen und nochmals ausdrücklich auf den Anschluß an Deutschland verzichten. Die Stellung unserer Genossen war klar: Die Hilfe für Desterreich zu leisten geboten nicht nur die Erwägungen der Menschlichkeit, sondern auch der Vernunft. Denn bei den engen wirtschaftlichen Beziehungen konnte die Katastrophe Desterreichs nicht ohne schwere Rückwirkungen auf unseren Staat bleiben. Wir muhten daher für die Kredithilfe eintreten. Andererseits schränkten die Genfer Protokolle Desterreichs Selbständigkeit aufs äußerste ein und bedrohten die Stellung der Arbeiterklasse durch äußeren Druck. Wir muhten also die Bedingungen der Kredithilfe bekämpfen. Wir verlangten daher, daß die Tschechoslowakei dem Beispiele der Schweiz folge, d. h., sich wohl an der Kredithilfe aber nicht an der Finanzkontrolle beteilige. Das entsprach freilich nicht den außenpolitischen Plänen Benes', und die Koalitionsmehrheit mußte den Genfer Protokollen zustimmen, welche die Scheidung Europas in Siegerstaaten und Besiegte neuerlich besiegelten und vertieften.

Hatte das Jahr 1922 im Zeichen der Stagnation geschlossen, so begann das neue Jahr mit erschütternden Ereignissen. Am 5. Jänner 1923 fiel der Finanzminister Rasin einem Attentat zum Opfer. Gleichzeitig drohten dem Frieden neue Gefahren: Frankreich besetzte das Ruhrgebiet. So herrschte innen wie außenpolitisch die höchste Spannung, während die Wirtschaftskrise mit fast ungeminderter Schärfe fortbauerte.

Unser Klub griff sofort in die Ereignisse ein. In einer dringlichen Interpellation verlangte Genosse Dr. Czech, daß der Außenminister im Hause erscheine, über die außenpolitische Situation berichte und seine Beziehungen zur Entente benütze, um im Ruhrkonflikt zu vermitteln. Aber die Regierung war dazu keineswegs bereit. Sie ging sogar einer Aussprache aus dem Wege, indem sie durch ihre allzeit bereitwillige Majorität der Interpellation Czech die Dringlichkeit aberkennen ließ.

Hingegen mußte sie sich unter dem Druck der Wirtschaftskrise dazu bequemen, über Interpellationen Dietl und Schäfer, die sich darauf bezogen, eine Aussprache zuzulassen. Die Interpellationsbeantwortungen fielen jedoch so nichtsfugend aus, daß Schäfer feststellen mußte, daß die Minister zwar viel versprochen, das Grundproblem aber, die verfehlte Handelspolitik des Staates, umgangen hatten. Natürlich nahm die Mehrheit die Ministererklärungen zur Kenntnis.

Am 18. Feber erlag Rasin seinen Verletzungen. Die Koalition war entschlossen, diesem Mord zu einem reaktionären Vorstoß zu benütze. Je schwächer und brüchiger sie innerlich war, desto rücksichtsloser wollte sie ihre Herrschaft gegen jede oppositionelle Regung sichern. Sie arbeitete daher das sogenannte

Gesetz zum Schutze der Republik

aus, welches durch die Dehnbarkeit seiner Tatbestände gestattet, nahezu jede politische Bewegung, ja selbst die freie Kritik unter Strafanktion zu stellen. Zugleich wurde die Gerichtsbarkeit über

fast alle politischen Verbrechen den Geschworenen entzogen und ein Ausnahmegericht geschaffen. Dabei ist das Gesetz von unbarmherziger Strenge. Zwar droht es zum Teil niedrigere Straffälle an als das alte österreicheche Recht, aber durch den Ausschluß des Milderungsrechtes bedeutet es in der Praxis eine Verschärfung der so oft und mit Recht von den Tschechen bekämpften allösterreichechen Gesetze.

Diesem Entwurf gegenüber gab es für unsere Partei nur eines: leidenschaftlichen Kampf. Schon im Ausschuss wandten sich unsere Genossen mit aller Energie gegen die Vorlage und verlangten den Uebergang zur Tagesordnung. Da dieser Antrag für, lehnten unsere Genossen die Teilnahme an der Spezialdebatte ab. Diese Demonstration blieb nicht ganz ohne Wirkung. Die Koalition entschloß sich zu einigen, freilich unwesentlichen Milderungen. Selbstverständlich muhten wir auch die geänderte Vorlage entschieden bekämpfen. Dr. Czech im Abgeordnetenhaus und Dr. Heller im Senat zeigten noch einmal die Verbrechen auf, die an der Demokratie, der Freiheit der Meinungsäußerung, den Interessen der Arbeiterklasse begangen werden sollten. Aber die Abstimmungsmaschine funktionierte auch diesmal.

Nach dieser Kräfteanstrengung ging die Koalition wieder zu den Methoden der

schleichenden Reaktion

über. Der Mieterschutz wurde trotz aller Anstrengungen unserer Genossen nur mit wesentlichen Verschlechterungen verlängert. Ein Heeresdisziplinargesetz wurde geschaffen, das sich vom allösterreichechen — wie Joffi feststellte — höchstens zu seinen Ungunsten unterscheidet. Die Verstaatlichung der Butschitradler Eisenbahn hätte aus wirtschaftlichen Gründen vielleicht gebilligt werden können, nach den Erfahrungen bei der A.T.E. muhten wir jedoch neuerliche Drangsalierungen der deutschen Eisenbahner befürchten und gegen das Gesetz stimmen.

Ein unrühmlicher Tag für das Parlament war auch der 25. April. Unsere Genossen hatten die alte, selbstverständliche Forderung des sozialdemokratischen Programms auf Abschaffung der Todesstrafe zu einem dringlichen Gesetzesantrage verdichtet. In der beschränkten Redezeit von zwanzig Minuten faßte Hillebrand alle Argumente zu wuchtiger Wirkung zusammen. Die Mehrheit lehnte die Dringlichkeit ab und bereitete so dem Antrag ein Grab im Ausschusse.

Um den Schein des sozialen Fortschrittes zu wahren, legte die Regierung noch in der Frühjahrssession den Sozialversicherungsentwurf vor. Aber er war unfertig, der organisatorische Aufbau wurde einem besonderen Gesetze vorbehalten, der Motivenbericht schloß. Daß die Eindringung nicht viel mehr war als eine Demonstration, zeigt sich deutlich dran, daß bis heute die Verhandlung des Entwurfes noch nicht einmal begonnen hat.

Die Herbstsession begann mit einem Exposee Benes', der die Neutralität der Tschechoslowakei im Ruhrkonflikt verkündete. Dem können wir zustimmen. Dagegen waren über die Abmachungen, die anläßlich des Aufenthaltes des Präsidenten in Paris getroffen wurden, befriedigende Aufklärungen nicht zu erlangen.

Das Budget wurde heuer noch rascher als sonst erledigt. Eine charakteristische Erscheinung war, daß fast alle Koalitionredner das Budget heftig kritisierten, ohne daß aber eine einzige Änderung des Regierungsentwurfes vorgenommen wurde.

Während die Budgetdebatte die Bevölkerung rücksichtslos ließ, steht eine andere Erscheinung im Mittelpunkt des öffentlichen Interesses, welche im Gefolge der kontrolllosen Koalitionsherrschaft einhergeht, die Korruption. Unter den Fällen, die fast täglich ans Licht kommen, beansprucht die Affäre Pracek die größte Aufmerksamkeit. Dem Senatpräsidenten wird vorgeworfen, daß er als Präsident der Spiritusbremergenossenschaft einen Dispositionsfonds zur Bestechung politischer Parteien verwendet habe. Taub im Budgetausschuss und Dr. Heller im Senat drangen energisch auf Aufklärung. Auch die tschechischen Sozialdemokraten griffen Pracek heftig an. Es besteht daher eine gewisse Hoffnung, daß die Angelegenheit wenigstens nicht völlig vertuscht wird. Aber eine Änderung der Koalitionspolitik wird sie nicht nach sich ziehen.

So bestehen auch die parlamentarischen Verhältnisse un geändert fort, welche die Arbeit unserer Genossen ungemein erschweren.

Denn während in anderen gesetzgebenden Körperchaften die parlamentarischen Debatten das Ringen der politischen und sozialen Machtfaktoren vor aller Öffentlichkeit widerpiegeln, Majorität und Opposition als Spieler und Gegenspieler einander gleichsam dramatisch entgegentreten, ist es in der tschechoslowakischen Nationalversammlung nicht so. Das Herrschaftssystem der allnationalen Koalition, unfruchtbar in seinem Wesen, verurteilt auch

das parlamentarische Leben zur Monotonie.

Und dies auf doppelte Weise. Zunächst erfordert die Zusammenfopplung so gegenfälliger Interessenvertretungen zu einer Regierungsmehrheit eine ununterbrochene Auseinanderfolge von Kompromissen. Diese Kompromisse aber können nicht in der Desterlichkeit und begleitet von der Kritik der Minderheit entstehen. Denn dann würden die Gegenfälle zu offenkundig und die Koalition mühte zerfallen. Der politische Wille der Mehrheit ist somit nicht im Parlament, sondern hinter den Kulissen. Der Gesetzeslag, der auch zwischen den verschiedenen Klassen des tschechischen Volkes besteht, tritt im Parlament kaum in Erscheinung.

Sobald aber das Kompromiß aus dem Dunkel der Pösta hervortritt, wird es zum Nährmich nicht-an. Denn jede Abänderung brächte das mühsam hergestellte Gleichgewicht der Interessen wieder ins Schwanken, und so müssen die Koalitionsparteien oft auch wider besseres Wissen die Anträge der Opposition fast restlos ablehnen. Eine wirklich sachliche Mitarbeit wird dadurch nahezu unmöglich gemacht, und die Debatte erhält nicht selten den Charakter des

hoffungslosen Aneinander vorbeiredens.

Das Parlament sinkt zur bloßen Abstimmungsmaschine herab.

Unsere Fraktion ist mit allen Kräften bemüht, diese parlamentarische Rede durch initiatives Auftreten zu beleben. Aber dieses Bemühen stößt an die engen Schranken der Geschäftsordnung, deren Härten durch die Praxis der Majorität noch vermehrt werden. Duzende von Anträgen verfaulen in den Ausschüssen. Und da die Minderheit nicht einmal die Möglichkeit hat, eine Aussprache zu erzwingen, geht das Parlament mitunter an Ereignissen, welche die ganze Öffentlichkeit bewegen, teilnahmslos vorüber.

Dennoch ist unsere Fraktion fest entschlossen, allen Widerständen zum Trotz auch auf dem Boden des Parlamentes den Kampf für die Lebensnotwendigkeiten der deutschen Arbeiterklasse fortzuführen. Wir denken nicht daran, uns auf die Taktik der Negation zurückzuziehen. Darum greift unser Klub immer wieder mit Verbesserungsvorschlägen und selbständigen Anträgen in die parlamentarische Tätigkeit ein. Jede Vorlage wird einer gründlichen Vorberatung im Klub unterzogen. Zu diesem Zwecke wurden Fachgruppen eingesetzt, welche die sachkundige Behandlung aller Vorlagen ermöglichen. Durch ständige Verbindung mit den übrigen Parteieninstanzen, der Gewerkschaftskommission und den Genossenschaften ist die Fraktion immer über die Wünsche und Bedürfnisse des Proletariates informiert. In den Ausschüssen sind unsere Mitglieder die fleißigsten Mitarbeiter.

Auf diese Weise ist es unserer Fraktion nicht nur möglich, selbst dieser spröden Mehrheit positive Erfolge abzurufen, sondern sie hat sich die allgemeine auch von den Gegnern anerkannte Stellung der sachlichen Opposition und die Führung unter allen Oppositionsparteien errungen. Sie wird, getragen von dem Vertrauen der sozialdemokratischen Vertrauensmänner, ihre Arbeit unermüdet fortsetzen.

Inland.

Verwandlungskünstler Hilgenreiner.

Die Deutschbürgerlichen betreiben schon seit jeher eine Politik, die sich den jeweils bestehenden Strömungen anpaßt. Die deutschbürgerlichen Politiker führen nicht — sie lassen sich von der Menge führen. Sie spielen heute die Demokraten, um morgen die Bewunderer des Diktators Mussolini zu sein, sie beteuern ihre Liebe bald den Arbeitern, bald den Unternehmern. Neuestens betreibt ein Teil der Deutschbürgerlichen aktivistische Politik, wobei sich die Herren Zuleger, Hilgenreiner et tutti quanti an Kundgebungen „positivistischer“ Art geradezu überstürzen. Die deutschen Sozialdemokraten haben gleich bei Eintritt in diesen Staat den Irredentismus verworfen, halten es also jetzt durchaus nicht für nötig, ununterbrochen die vernünftige Politik zu beteuern. Wegen dieser unserer Haltung haben uns gerade die Deutschbürgerlichen in den Jahren 1920 und 1921 angegriffen und gerade diejenigen Politiker, die heute dieselbe Politik machen. Ein Schulbeispiel hierfür ist Herr Hilgenreiner, keines Zeichens Senator der deutschen christlichsozialen Partei. In einer Wählerversammlung im Deutschen Hause in Prag erklärte er am 20. März 1920:

„Nur eine Partei ist den vereinigten Deutschen in den Arme gefallen, eine Partei, der die Klasse wichtiger war als das Volk, der die Internationale wichtiger war als die Nation. Das ist die deutsche sozialdemokratische Partei. Sie schlägt schon heute Brücken zum anderen Ufer, zur tschechischen Nation. Ich bin der Letzte, der diese Brücken nicht wünschte... Aber jetzt ist der Augenblick noch nicht gekommen, um diese Brücken zu schlagen. Jetzt noch nicht. Erst müssen wir leben in diesem Staate, erst müssen wir die Slaventetten zerreißen... Dann erst können wir verhandeln... Wir wollen gleichberechtigte Bürger sein, die dann den Tschechen die Hand reichen. Und wer das nicht so tut, der ist ein Verräter, der aus unseren Reihen weicht.“

Seither sind dreieinhalb Jahre vergangen. Wer wagt es, zu behaupten, daß sich die politische Lage der Deutschen in der Tschechoslowakei seither gebessert hätte? Man vergleiche aber mit dieser Kundgebung Hilgenreiners im Deutschen Hause seine Kundgebung in den tschechischen „Lidove Bisty“ am Weihnachtstage, die auch wir zitiert haben, und in der er ungefähr ausführte:

Die deutsche christlichsoziale Partei stelle sich heute auf den Boden des Staates. Mit der Bildung der deutschen Arbeitsgemeinschaft seien die Extremnationalisten isoliert worden. Allerdings seien gefühlsgemäß die Deutschen noch nicht so weit, diese positive Politik zu Ende zu denken, derart, daß jeder Schade des Staates als eigener Schade und jeder Erfolg des Staates als eigener Erfolg empfunden werde. Weiters gab der Senator seiner Hoffnung Ausdruck, daß auf dem nächsten Kongress der Christ-

Höflichen Vertreter beider Sprachen zu einander finden werden. Hilgenreiner wies auf das notwendig verbindende Element der Vögelgleichheit bei den Christlichsozialen beider Lager hin. Diese unpolitische Einigung gebe eine Basis für eine politische Annäherung, für die heute die Stunde noch nicht gekommen sei. Aber bei gegenseitig gutem Willen werde der nationale Kampf zum mindesten die scharfe Form verlieren.

Diese Gegenüberstellung zeigt so recht das Sein und Sein der deutschböhmerischen Politik.

Ernennung von Bezirksverwaltungs-Kommissionen.

Nächste Woche werden auf Grund der Ergebnisse der letzten Gemeindevahlen, zu denen die Erhebungen in der Zeit vom Jahre 1920 bis zum 25. November 1923 durchgeführten Gemeindevahlen kommen, die Bezirksverwaltungs-Kommissionen in folgenden Bezirken ernannt werden: Böhmisches Brod, Gule, Selschan, Sedletz, Wotitz, Königsaal, Politz, Seltomisch, Pohenau, Pardubitz, Stahls, Zentsberg, Aicha, Turman, Klodno, Lobositz, Pöhlberg, Unhoscht, Juidau, Bohm-Kamnit, Kuffig, Terchen, Paltenu, Boderjan, Elbogen, Tepi, Koneberg, Matna, Pleschnitz, Bilschsteinitz, Moldanstein, Kapitz, Kettoli, Prachotitz, Winterberg, Yimbura, Gofitz, Krelanitz, Grullid, Arnau, Sobeneibe, Friedland, Kragan, Dausa, Beghaidl, Ausha, Wamsdorf, Kalsitz, Bereschna, Joachimstal, Königswart und Hoflan. In der zweiten Hälfte des Monats Jänner soll es zur Ernennung der Verwaltungskommissionen in den übrigen Bezirken kommen.

Um die Nachfolge Brasels.

Donat — der kommende Senatspräsident?

Wenn man der „Narodni Demokracie“ glauben darf, so betrachtet man in tschechischen Senatskreisen den Abgang Karl Brasels als dem Präsidium für unabwehrbar und doch für eine Frage der Zeit. Man hält es für unmöglich, daß Brasel in seinem Amte noch nach den Ereignissen vom 1. Jänner, denen auch Ministerpräsident Svehla zugestimmt hat, verbleibt. Die agrarische Partei sei nicht bereit, Brasel im Präsidentenstuhl zu verteidigen, weil sie so in einen ersten Konflikt mit zwei wichtigen Staatsfaktoren gelangen würde. Es ist mehr als wahrscheinlich, daß die Partei Brasel zu vertreiben geben wird, sich von dem Platze, den er nach dem Provisorium Sorabels einnahm, zu verabschieden. Das Verharren oder Nichtverharren Brasels in seinem Amte ist eine interne Frage des agrarischen Senatorenklubs, der sich in einen Streit mit dem sozialdemokratischen Klub nicht einlassen wird.

Man dachte zunächst daran, den Professor Sorabel in die Funktion, die er im ersten Monat der Tätigkeit des Senates einnahm, zurückzuberufen. Von dieser Ansicht wird man deshalb abgehen, weil der hervorragende Finanzmann als Generalberichterstatter über das Budget gebraucht wird.

Der einzige ernste Kandidat für den Präsidentenstuhl des Senates ist der Senator Donat, der Vorsitzende des Klubs der agrarischen Senatoren und gewesener Abgeordneter im Wiener Parlament. Es ist sicher, daß die agrarische Partei auf das Präsidium nicht verzichten wird, welches ihr durch das Uebereinkommen der Parteien der einsigen rot-grünen Koalition zugesichert wurde.

Nach dem Vertragsabschluss.

Millerand nach Prag.

Das tschechische Pressbüro meldet aus Paris: Zu den Londoner Informationen tschechoslowakischer Blätter, betreffend das Projekt einer Reise des Präsidenten Millerand nach der Tschechoslowakei wird von informierten französischen Kreisen erklärt, daß der Präsident der französischen Republik die Absicht hege, der an ihn ergangenen und während des Aufenthaltes des Präsidenten Masaryk in Paris bereits angenommenen Einladung entsprechend und demnach dem Präsidenten der Tschechoslowakischen Republik einen Gegenbesuch abzustatten wird. Das Datum ist aber noch nicht festgesetzt.

Vened und London.

Wie das Reuterbüro erfährt, plant Minister Dr. Vened, wenn es ihm die Umstände gestatten werden, Mitte Jänner nach London zu kommen. Der Hauptzweck seines Besuches sind die Verhandlungen über die ungarische Anleihe, welche am 15. Jänner im Finanzausschusse des Völkerbundes wieder aufgenommen werden. Man glaubt, daß der Minister mit der britischen Regierung zugleich die allgemeine europäische Lage und auch die Bedeutung, welche der französisch-tschechische Vertrag für dieselbe haben kann, besichtigen wird. Man setzt voraus, daß der Vertrag sodann ratifiziert werden wird.

„Es ist selbstverständlich schwer...“ Der Reichenberger „Vorwärts“ beendete gestern den Abrud einer Artikelserie eines oppositionellen Kapodisten, der in seiner Kritik der reichsdeutschen kommunistischen Partei ein paar kräftige Wahrheiten über deren Haltung und Taktik vom Stapel ließ. Dieser Unannehmlichkeit begegnet die „Vorwärts“-Redaktion mit einigen Nachbemerkungen, unter denen sich auch folgender, bei den Reichenberger Moskawiten ganz ungewöhnlicher Ausdruck der Bescheidenheit und Zurückhaltung findet:

„Es ist selbstverständlich schwer, sich von hier aus über die Verhältnisse in Deutschland ein zuverlässiger Urteil zu bilden.“

Uff, wie schwer! Man bedenke doch die kolossale Entfernung von Reichenberg nach Dresden oder Breslau oder gar nach Biala! Und dann sind doch unsere Kommunisten überhaupt immer so vorsichtig und bedachtsam bei der Beurteilung fremder Verhältnisse. Wie genau wägt doch der Reichenberger „Vorwärts“ jedes Wort ab, das er beispielsweise über die reichsdeutsche Sozialdemokratie schreibt. Es ist doch überall bekannt, daß der „Vorwärts“, wenn er über andere Parteien, zumal über ausländische Verhältnisse spricht, jedesmal ausdrücklich betont, daß keinem Urteil keine Zuverlässigkeit zukommt. Für Vorwärts-Leser, die bisher von dieser Bescheidenheit nichts wußten, genüge dieser Hinweis bei der Beurteilung von Informationen, Beschuldigungen und moralischen Hinrichtungen, die von dieser Seite stammen. Die Bescheidenheit der hierländischen Kommunisten bei der Beurteilung ihrer engst beobachteten Bruderpartei ist eine Tugend, die wir selber beim „Vorwärts“ nicht vermutet hätten.

Die der Prager Erzbischof die Sprachenfrage. Der Prager Erzbischof Dr. Korda hat, wie „R. L.“ dem Olmüger „Kasinec“ entnimmt, bei dem Diner anlässlich der Inthronisierung des Erzbischofs Dr. Prečan in Olmütz die Anwesenden in lateinischer Sprache begrüßt, dann sprach er tschechisch und einige Worte deutsch.

Das Präsidium der Hauptstadt Prag sandte neuer an den Stadtsowjet von Moskau Neujahrswünsche. Bisher wurden Neujahrstelegramme klein mit den Hauptstädten der Staaten der Kleinen und Großen Entente gewechselt. („R. P.“)

Ausland.

Die Zerlegung der spanischen Generalsdiktatur.

Auch eine Diktatur hat, so schreibt die Frankfurter Zeitung, ihre schwachen Seiten. Sie ist vielleicht leichter zu errichten als aufrecht zu erhalten. Am schwierigsten scheint es, sie fruchtbar zu machen. Das erfährt jetzt General Primo de Rivera in Spanien. Das Direktorium, das er mit Hilfe einiger Generale gebildet hat, windet sich in — Entschlußlosigkeit. Es ist sich nicht einig geworden, weder über die Besetzung der Ministerien noch über die zukünftige Form der Regierung. Man streitet sich darum, wie viele der Ministerien dauernd mit Militärs besetzt bleiben, und wie viele Zivilisten anvertraut werden sollen. Bei der Besetzung des Ministeriums des Inneren, das natürlich von einem Militär geleitet wird, streitet man sich um die Persönlichkeit. Zwei Gruppierungen präsentieren ihre Kandidaten, zwei Generale natürlich. Uneinig ist das Direktorium auch darüber, ob man das Parlament wieder auflösen lassen soll, mit Neuwahlen auf Grund der Verhältnismäßig. Das Wichtigste aber an diesen inneren Reibungen — wir entnehmen die Einzelheiten einem Bericht des „Journal des Debats“ — ist die Tatsache, daß die Entschlußlosigkeit des Direktoriums auf die Agitation der Offiziersjungen zurückgeht. Diese geheimen Verbände legen also das Direktorium ebenso lahm wie vorher die parlamentarischen Regierungen. Sie greifen vor allem auch in die sozialen Regierungsangelegenheiten ein. Wenn der anscheinend sehr gut unterrichtete Gewährsmann des Pariser Blattes recht berichtet, dann spalten die Juntten die Armee in zwei Gruppen von ungefähr gleicher Stärke. Dann litte die Diktatur also an der gleichen Krankheit wie das Par. amou. Man sieht, Politik ist keine einfache Sache, die sich mit bloßen militärischen Befehlen bewältigen läßt.

Letzte Nachrichten.

Zurichtbare Grubenexplosion bei Mähr.-Odrau.

4 Tote. — 250 Kilogramm Dynamit explodiert.

Mähr.-Odrau, 5. Jänner. Heute nach 2 Uhr nachmittag, als die Nachmittagschicht bereits eingeschifft war, ereignete sich bei der Schichtung des Schieferpulvers in dem Lager des S. Stollns der „Anfelm-Schacht“ in Petrowitz eine Explosion von ungefähr 250 Kilogramm Dynamit. Bei der Explosion wurden der Aufseher August Volny und die Schiefermannschaft Eduard Mikelska, Josef Poruba und Johann Viska getötet. Das Lager flog in die Luft und der Zutritt zu demselben wurde verunmöglicht. An der Unglücksstätte erschien sofort eine behördliche Kommission. Weil es aber nicht möglich war, bis in die Abendstunden die ausgeschütteten Trümmer zu beseitigen, war es bis dahin nicht möglich, den Grund der Explosion auszuforschen. Die Explosion war so stark, daß die Weichen der betroffenen sicherheitlich vollkommen zerissen sind. Die übrigen Arbeiter der Gruben hörten die Explosion nicht, weil das Schiefermateriallager auf einem sehr entlegenen Orte sich befindet. Die Arbeiter in der Grube wurden nicht unterbrochen.

Ein definitiver Handelsvertrag mit Jugoslawien.

Belgrad, 5. Jänner. Die Blätter bringen Kommentare zur Konferenz der Kleinen Entente, und es wird vor allem betont, daß Dr. Vened der Konferenz den Text des französisch-tschechoslowakischen Handelsvertrages vorlegen wird. Der Gehilfe des Außenministers Dr. Vened, Ge-

sandter Dr. Wirsa, hat gestern im Außenministerium mit hohen Beamten das definitive Programm und die Tag.ordnung der Konferenz in den Einzelheiten ausgearbeitet. Man hofft in diplomatischen und politischen Kreisen, daß alle auf der Konferenz zu erörternden Fragen befriedigend gelöst werden. Gestern waren nach Belgrad alle tschechoslowakischen Konsulen zu einer Konferenz einberufen. Diese hatte zum Gegenstand verschiedene handelspolitische Fragen zwischen der Tschechoslowakei und Südslawien und insbesondere betraf sie den Abschluß eines definitiven Handelsvertrages.

Bald kein Land ohne „Schutzgesetz“ und Todesstrafe.

Bulgarien unter den mitteleuropäischen „Kulturstaaten“.

Sofia, 5. Jänner. Das Sobranje hat gestern das Gesetz betreffend den Schutz des Staates, dessen Paragrafen 6 und 13 die Todesstrafe festsetzen, in dritter Lesung angenommen. Die Amnestievorgabe wurde in zweiter Lesung genehmigt, heute findet die dritte Lesung statt. Es werden die Kasnetts Geshow, Danow, Malinow und Kosturkow, nicht aber das Kabinett Radostawowow, amnestiert. Heute fand die letzte Sitzung vor den orthodoxen Weihnachten statt.

Nach Meldungen der heutigen Blätter hat die Entente die Bildung einer ständigen bulgarischen Armee nicht bewilligt. Die Blätter halten das für einen Erfolg Jugoslawiens.

Die Heimwehr-Gruppen der davon-gejagten Potentaten.

Die Jankow-Regierung gestattet dem gefährlichsten getrunkenen Intriganten die Heimkehr.

Genf, 5. Jänner. (Havas.) Die „Tribune de Geneve“ erfährt aus guter Quelle, daß der ehemalige bulgarische König Ferdinand die Regierung in Sofia um die Erlaubnis ersucht habe, dorthin als „gewöhnlicher Bürger“ zurückkehren zu dürfen. Er sei bereit, sich jedweder Aufsicht zu unterziehen. Er äußerte den Wunsch, seine letzten Tage in Bulgarien zu verleben. Die bulgarische Regierung soll seinem Wunsche nachgekommen sein.

Kurze Auslandsmeldungen.

Serbi wütet weiter gegen die Presse. Belgrad, 5. Jän. (Eigenbericht.) General von Serbi hat den Vertrieb der „Rosen Fahne“ in Wien, des „Vorwärts“ und der Internationalen Pressekorrespondenz in Wien, für das ganze Reich verboten.

Ein Zeitungsverbot zurückgezogen. Belgrad, 5. Jänner. Das Verbot der „Welt am Montag“ ist wieder aufgehoben worden.

Brandkatastrophe in Bulgarest. Bulgarest, 5. Jänner. Ein heftiger Brand vernichtete gestern die hiesige aerarische Mühle. Bei den Rettungsarbeiten wurden drei Feuerwehrleute getötet und zehn verwundet. Der Brand vernichtete über 80 Waggons Weizen und Wehl. Der Schaden beträgt mehr als 30 Millionen Lei.

Der Prozeß gegen die Omladina.

In der nächsten Zeit werden es dreißig Jahre werden, daß die österreichische Staatsgewalt das Verbrechen jenes Schandprozesses gegen den angeblichen Geheimbund Omladina beging, durch das 68 junge Leute zu insgesamt nicht weniger als 96 Jahren Kerker verurteilt wurden. Zwei tschechische Juchter, die eben

*) A. P. Vesely „Omladina a pokrokové hnutí“ (Die Omladina und die fortschrittliche Bewegung). Das Buch ist die zweite Auflage der im Jahre 1902 erschienenen Erinnerungen Antonin Pravoslav Veseljs, der einer der Führer des proletarischen Flügels der fortschrittlichen Bewegung war und im Omladinaprozess zu sieben Monaten Kerker verurteilt wurde. Vesely war gelernter Seher und hat sich als Journalist durch Humor und Sarkasmus ausgezeichnet. Er hat die proletarischen Elemente der fortschrittlichen Bewegung der Sozialdemokratie zugeführt, hat aber innerhalb der tschechischen Sozialdemokratie immer eine Sonderstellung eingenommen, so daß sich die Partei im Jahre 1902 weigerte, sein Buch herauszugeben. Er konnte es nur im Selbstverlag erscheinen lassen, allerdings mit Unterstützung des Leiters der Parteidruckerei. Er ist im Jahre 1904 an der Proletarierkrankheit gestorben. Die zweite Auflage ist vom politischen Klub der Omladinisten erschienen, an dessen Spitze der im Omladinaprozess zu acht Jahren Kerker verurteilte Plejoser steht. Der Wert des Buches wird nicht vermindert dadurch, daß die Einleitung von dem nationaltschechischen Schriftsteller Viktor Dol geschrieben ist, der sehr ungnädig über Vesely urteilt und ihm vorwirft, daß er „untrübselig“ sei und die soziale Seite der fortschrittlichen Bewegung übersah. Das zweite Buch „Z bozi za svododu“ — im Verlag des „Pamatnik odboje“ erschienen — ist von Josef Vesely, wenn wir nicht irren, dem Bruder A. P. Veseljs. Es behandelt mehr die nationale Seite der fortschrittlichen Bewegung und zeigt den Anteil der in der Omladina tätigen Personen an der Gründung des tschechischen Staates. Es bringt eine Reihe von guten Abbildungen, unter anderem auch eine Fotostille eines Telegramms Franz Josefs an den Ministerpräsidenten Windischgrätz über den Omladinaprozess.

jetzt erschienen sind, führen uns in jene Zeiten der Gärung zurück, da die tschechische Jugend innerlich zwischen Nationalismus und Sozialismus schwankte, aber nach außen den Kampf gegen die habsburgische Staatsgewalt mit jugendlichem Feuer, allerdings auch mit jugendlichen Mitteln führte, worfür sich Habsburg in seiner gewohnten Weise rächte.

Die Bewegung der Omladina — oder wie sie sich selbst nannte, die fortschrittliche Bewegung — ging auf die Bewegung zurück, die Ende der Achtzigerjahre in der tschechischen Studentenschaft entstand. Oesterreich und ganz besonders Böhmen, stand damals unter dem Druck des feudalen Regimes, dessen Ausdruck das Ministerium Taaffe war. Diesen Druck fühlten außer der Arbeiterschaft die intellektuellen Schichten, und ganz besonders die im tschechischen Volke. Die tschechische Bourgeoisie war damals noch wenig entwickelt. Industrie und Kapital in Böhmen waren in deutschen Händen, und so fühlte die aus Kleinbürgerlichen Verhältnissen stammende tschechische Studentenschaft sich zugleich national und sozial unterdrückt. Dazu kam, daß die herrschende tschechische Partei — die der Alttschechen — sich offen in die Dienste des böhmischen Feudaladels begeben hatte. Die Jungtschechen hatten zwar den Kampf gegen die Alttschechen aufgenommen, aber sie hatten die intellektuellen Schichten bald enttäuscht, da sie über nationale Phrasen nicht hinauskamen und die nationalen und freiheitlichen Ideale, in deren Namen sie den Kampf benannten hatten, bald zugunsten der materiellen Interessen der aufkommenden tschechischen Bourgeoisie zurückstellten. Abwärts die sie suchte, fand die tschechische Studierende Jugend nur in der Arbeiterschaft, zu der sie das gemeinsame kulturelle Interesse und die gemeinsame Unterdrückung hinzog, vielfach auch die gleiche Not, schließlich auch der Ekel vor der Unaufrichtigkeit der bürgerlichen Parteien. So finden wir denn, daß sich bald um die Leitung der tschechischen Studentenschaft (Klub der tschechischen Studentenschaft) eine Gruppe von Studenten formierte, die in scharfem Gegensatz zu der alten reaktionären tschechischen Gesellschaft steht und sich unter dem Einfluß Masaryks nicht nur mit den literarischen Strömungen des Auslandes, sondern auch mit sozialen Problemen beschäftigte. Der akademische Pöbelverein (Akademický demokratický spolek), auf den diese Gruppe Einfluß bekommen hat, wird von der Staatshörerei unter dem Pseudonym der Alttschechen wie der Professoren ausgeschlossen. Das wirkt aber nur anfeuernd auf die Jugend, die nun als Ziel den „Kampf gegen das Alte“ erklärt. Auf dem tschechischen Studentenkonferenz wird ein Programm beschlossen, das den Kollektivismus als Endziel erklärt. Wie die Stimmung unter den tschechischen Studenten damals war, geht daraus hervor, daß sie daran gingen, Veseljs „Frau“ zu übersehen, Pa, Raschin, der nachmalige Finanzminister, plante sogar eine Ueberlegung von Margens „Kapital“. Nicht nur Soukup und Tomasek, sondern auch Sokol und Masaryk traten damals dem sozialdemokratischen Politklub bei. Bezeichnend ist, daß die fortschrittliche Partei — so nannten sich diese Studenten aus dem Jahre 1890 — für die Autonomie der Nationen und gegen das historische Staatsrecht eintrat. Allerdings war diese Anschauung nicht einheitlich. Immerhin erklärte sie sich aber einmütig gegen jede Vorherrschaft einer Nation über eine andere. Je mehr die Studentenschaft nach links rückte, umso mehr wurde sie verfolgt und schließlich wurden drei von ihnen wegen „Erkältung der Rechtsbegriffe des Eigentums“ durch „Verbreitung der Lehren des extremen Sozialismus“ von der Prager tschechischen Universität ausgeschlossen. Die „Arbeiter-Zeitung“ drückte damals telegraphisch den ausgesprochenen ihre Sympathien aus. Die fortschrittlichen Studenten wurden dadurch nur noch enger an die Arbeiterschaft angelehert, und bald erhielt der Rechtslehrer Soukup vom akademischen Senat wieder eine Rüge, weil er in einem Vortrag vor Arbeitern Christus den ersten Sozialisten genannt hatte. Da die fortschrittlichen Studenten auch auf einzelne Parteiblätter Einfluß gewannen, sprach die „Arbeiter-Zeitung“ bei aller Anerkennung die Befürchtung aus, daß sich „unter dem sozialistischen Mantel die Kleinbürgerliche Tschamara (die Tracht des tschechischen Nationalisten) verberge“.

Der Name Omladina, der nachher so bekannt wurde, bedeutet eigentlich nichts anderes als Jugend. Er wurde als offizielle Bezeichnung zuerst im September 1891 von einer Arbeiterversammlung in Klodno gebraucht, die beschloß, eine Zeitung unter diesem Namen herauszugeben. Um diese Zeitung gruppierte sich dann die sozialistische Arbeiterjugend, die in immer engerer Verbindung mit den Studenten trat. Unter Führung des energischen aber selbstherrlichen Lorenz schwankt diese zwischen Fortschrittler und Sozialdemokraten hin und her, bis sie schließlich nach der Absehung des Lorenz wieder offizielles sozialdemokratisches Blatt wird. Aber auch die fortschrittliche Bewegung kommt nicht zur Ruhe. Während der eine Teil sich als äußerster Flügel der Jungtschechen fühlt, neigt der proletarische Teil zur Sozialdemokratie und beteiligt sich an allen ihren Kundgebungen.

Im Dezember 1892 wurde die Gründung eines Vereines Omladina von der Staatshörerei verboten, sowohl Vesely die Statuten eines anderen Vereines einfach abgeschrieben hatte, und als auch der Versuch, in einem anderen Verein ein Zentrum für die fortschrittliche Jugend zu finden, mißlang, gründeten sich in verschiedenen Wirtschaftern keine Gruppen, die sich vornehmlich mit dem Abfingen allerlei revolutionärer

Unhaltbare Zustände auf den nordwestböhmisches Eisenbahnlilien.

Auf den nordwestböhmisches Eisenbahnlilien herrschen derzeit Verkehrszustände, die man als unhaltbar bezeichnen muß. Insbesondere sind es die Linien der ehemaligen N.E., auf welchen das Personal gegen alle Vorschriften und Befehle schon Monate hindurch bis zur Unverantwortlichkeit ausgenützt wird.

Die Personalvertretungen sowie „Der Eisenbahner“ sind wiederholt bei allen maßgebenden Stellen dafür eingetreten, daß Erleichterungen in der Dienstverteilung beim Zug- und Lokomotivpersonal vorgenommen werden.

Teilweise hat die Bahnverwaltung diese Vorschläge und die Anträge der Personalvertretung durchgeführt. Es wurden Bedienstete anderer Direktionen nach Aufstufung d'rigiert, vom Militär rückkehrende und früher bei der Bahn im Dienste Gestandene aufgenommen, Verkehrsmaßnahmen angeordnet, die zur Erleichterung des Dienstes und zur Pünktlichkeit von großen Verspätungen dienen sollten.

Diese Maßnahmen wurden aber von der Verwaltung viel zu spät vorgenommen. Es wurde immer zuerst der Kostenpunkt erwogen und dann erst die Notwendigkeit, bevor Anordnungen getroffen wurden. Bis jetzt hatte man dank der gewissenhaften und aufopfernden Pflichterfüllung des gesamten Personal mit dieser Methode noch Glück. Wir stellen aber an alle maßgebenden Faktoren die Frage, ob sie es mit ihrem Gewissen verantworten können, wenn infolge der unausgeführten Monate andauernden Ueberbürdung und der unumgänglichen langen Dienstleistungen des Personal Verkehrsstände sich ereignen, welche das hundertfache an Schäden betragen, als durch Kleinliche, an unrichtigen Orte angebrachte Sparmaßnahmen erspart worden ist; abgesehen davon, daß es auch Opfer an Menschenleben kosten kann.

Als die Staatsbahnverwaltung die Einstellung fremder Parteien und die Aufnahme der vom Militär Zurückgekehrten vornahm, waren bereits andauernde große Verspätungen zu verzeichnen, welche über das Maß menschlicher Leistungen hinausgingen und Passagierkrankungen zur Folge hatten. Jede Vermehrung an Personal wurde durch Anwachsen des Krankenstandes wieder ausgeglichen. Oft war der normierte Stand nicht vorhanden. Die Dienstleistungen stiegen, die Verspätungen wurden immer größer. In der zweiten Hälfte des Monats Dezember haben dieselben einen Umfang angenommen, der als bedenklich für die Sicherheit des Verkehrs angesehen werden muß.

Als die Staatsbahnverwaltung die Einstellung fremder Parteien und die Aufnahme der vom Militär Zurückgekehrten vornahm, waren bereits andauernde große Verspätungen zu verzeichnen, welche über das Maß menschlicher Leistungen hinausgingen und Passagierkrankungen zur Folge hatten. Jede Vermehrung an Personal wurde durch Anwachsen des Krankenstandes wieder ausgeglichen. Oft war der normierte Stand nicht vorhanden. Die Dienstleistungen stiegen, die Verspätungen wurden immer größer. In der zweiten Hälfte des Monats Dezember haben dieselben einen Umfang angenommen, der als bedenklich für die Sicherheit des Verkehrs angesehen werden muß.

Lehres angesehen werden muß. Verspätungen bis zu 15 Stunden, ununterbrochene Dienstleistungen ohne eine Ruhepause bis über 30 Stunden bei einem Zuge, gehören zur Tagesordnung. In 28 Tagen weit über 300 Stunden Dienst ist seine Seltenerheit. Nach einer derartigen Dienstleistung wird eine Ruhezeit von zehn Stunden gegeben. Doch ein Mensch, der eine 30stündige ununterbrochene Dienstleistung hinter sich hat, in zehn Stunden weder ausgeglichen noch ausgeruht sein kann, wird wohl sehr der rücksichtsloseste Vorgesetzte nicht zu behaupten wagen. Der im Turnus nach vier bis fünf solchen Touren vorgesehene dienstfreie Tag schmilzt dem infolge der großen Verspätungen auf wenige Stunden zusammen, so daß von einer Erholung und einem „Ausruhen“ den dienstfreien Tagen keine Rede sein kann. Solche Dienstleistungen hält auf die Dauer kein Mensch aus. Wie ein derart geplagter Bediensteter sich die Kenntnis der Instruktion aneignet oder gar die Erlernung der Dienstsprache vornehmen soll, ist unvorstellbar.

Infolge der großen Verspätungen können selbst Personenzuglokomotiven nicht zur Zeit gestellt werden. Einige Minuten vor der Abfahrt werden die Lokomotiven vor den Zug gestellt. Die Personenzugsgarnituren sind daher gar nicht oder nur mangelhaft vorgewärmt. Auf das Personal ergießt sich dann der Unmut der Reisenden. Zur Führung der Güterzüge muß oft stundenlang auf eine rückkehrende Lokomotive gewartet werden. An eine einwandfreie Untersuchung und Wartung der Lokomotiven kann unter solchen Umständen nicht gedacht werden. Ebenso verhält es sich mit der Instandhaltung. Lokomotiven, welche in den Vormittagsstunden zum Waschen vorgetragen sind, kommen erst gegen Abend oder in der Nacht von der Tour zurück. Weder das Waschen noch die Reparaturen können sorgfältig durchgeführt werden. Auf der Strecke hat dann das Personal mit den abgearbeiteten und verwahrlosten Lokomotiven seine Plage. Derartige Zustände erschweren noch mehr die Arbeit, machen den Dienst unerträglich und sind unhaltbar für das Personal und den Betrieb.

Will die Staatsbahnverwaltung, daß eines Tages auf den nordwestböhmisches Linien der Betrieb nicht buchstäblich zusammenbricht, so ist die Schaffung normaler menschenwürdiger Dienstverhältnisse eine dringende unausschiebbare Notwendigkeit.

Sabina entnahm, den er sich von einem Kameraden ausgeborgt hatte. In Wirklichkeit hat es, wie Anton Pravoslav Veseley feststellt, einen Verein Omladina nie gegeben. Trotzdem wurden auf Grund der Aussagen des Diebes Legner und des Spießes Mrva am 21. Jänner 1904 nach einer fünf Wochen dauernden geheimen Verhandlung vom Ausnahmegericht 68 Angeklagte, die meisten unter zwanzig Jahre alt, wegen Verbrechen der Störung der öffentlichen Ruhe und Ordnung, Hochverrat und Geheimbündelei zu schweren Kerkerstrafen verurteilt.

Die jungen Leute führten ihre Sache mit bewunderungswürdiger Energie vor den Ausnahmegerichtern, so daß sie Franz Josef entschloß, an den Ministerpräsidenten folgendes Telegramm abzuschicken, dessen Entwurf in dem zweiten der genannten Bücher im Faksimile abgedruckt ist.

Nach den Zeitungsberichten scheint der Vorfall bei dem Omladinaprozess in Prag eine

bedauerliche Schwäche gegenüber der Freiheit der Angeklagten und des Publikums zu beweisen und dadurch die Würde und Autorität des Gerichtes zu kompromittieren. Wäre es nicht angezeit, von Seite des Justizministeriums abzuhelfen?

Dem Prozeß hatte übrigens der Hauptzeuge Mrva gefehlt. Er war am Weihnachtsabend von zwei jungen Leuten, Dragone und Dolezal, ermordet worden, wofür diese dann zu zehn Jahren verurteilt wurden; mit ihnen zu derselben Strafe als angeblicher Anstifter der Arbeiterkriege.

Die fortschrittliche Bewegung dauerte noch lange nach dem Prozeß weiter. Aber je mehr sich die Klassengegensätze auch im tschechischen Volk zuspitzten, umso weniger konnten die verschiedenen Elemente, aus denen sie zusammensetzte, beisammen bleiben. Die einen — vor allem die Proletarier, dann aber auch die sozialistisch gesinnten Studenten wie Soukup und Tomajsek — gingen zur Sozialdemokratie über, die anderen zu den bürgerlichen Parteien. G. P.

Tages-Neuigkeiten.

Die Partei.

Partei, Partei! Wer sollte sie nicht nehmen, Die noch die Mütter aller Siege war! Wie mag ein Dichter solch ein Wort verstehen, Ein Wort, das alles Herrliche gebart? Nur offen wie ein Mann: Für oder wider? Und die Parole: Sklave oder frei? Selbst Götter stiegen vom Olymp hernieder Und kämpften auf der Finne der Partei!

Sieh hin! Dein Volk will neue Bahnen wendeln, Nur des Signales herrt ein stilllich Heer! Die Hirschen träumen, laßt die Dichter handeln! Die Welt ist die Harfe, werfen wir den Sauer! Den Panzer um — geöffnet sind die Schranken, Brecht immer euer Saitenspiel entwei! Und führt ein Fährlein ewiger Gedanten Zur starken, stolzen Fahne der Partei!

Das Gestern ist wie eine welke Blume — Wenn legt sie wohl als Zeichen in ein Buch — Begrabt's mit seiner Schmach und seinem Ruhme Und weht nicht länger an dem Leichenstuch! Dem Leben gilt's ein Lebehoch zu singen Und nicht ein Lied im Dienst der Schmeichelei; Der Menschheit gilt's ein Opfer darzubringen, Der Menschheit auf dem Altar der Partei!

O stellt sie ein, die ungerechte Klage, Wenn ihr die Angst so mancher Seele schaut; Es ist das Bangen vor dem Hochzeitstage, Das hoffnungsvolle Bangen einer Braut. Schon drängen allerorten sich die Erben Ans Krankenlager unserer Zeit herbei; Laßt, Dichter, laßt auch ihr den Kranken sterben, Für eures Volkes Zukunft nehmt Partei! Derwegh.

Bei den Itrophuliden Kindern in Luz.

In Ostböhmen breitet sich in der Nähe der Stadt Luz, am Rande dichter Wälder, die böhmische Landesanstalt für Itrophulose Kinder aus. Die Anstalt, die im Jahre 1901 von Dr. Samza gegründet wurde, ging im Jahre 1909 in den Besitz des Landesauschusses in Prag über und wurde seit dieser Zeit mit Mitteln des Landesauschusses bedeutend erweitert und ausgebaut. Im Jahre 1919 wurde die sogenannte Residenz in Luz für Anstaltszwecke gewonnen und im Schlosse in Chroustibie, einer in der Nähe von Luz liegenden Gemeinde, eine Zweiganstalt eingerichtet. Seit dem Jahr 1919 wurden weiters auf den Grundstücken der Anstalt vier neue Pavillons und verschiedene Anstaltsgebäude errichtet. Als im Jahre 1922 das Resigt in Chroustibie der

Vater Goriot.

75

Son Honoré de Balzac.

„Herr von Rastignac, ich habe alles gehört. Mein Vater würde mir verzeihen, wenn er wüßte, in welcher Lage ich mich befinde. Mit dieser Qual habe ich nicht gerechnet, sie geht über meine Kraft, aber“, und damit wandte sie sich an den Grafen, „ich werde bis zum letzten Augenblick Widerstand leisten. Ich bin Mutter. Sagen Sie meinem Vater, ich sei ohne jeden Hehl ihm gegenüber, auch wenn der Schein gegen mich ist.“ Sie schrieb verzweifelt auf.

Eugen grüßte stumm und ging bestürzt. Er ahnte die furchtbare Krisis, durch die die Frau ging. Der Ton von Herrn von Restaud hatte ihm die Auslosigkeit seines Versuches bewiesen, er begriff, daß Anastasie nicht mehr frei war. Er sah sie zu Frau von Nucingen und fand sie zu Bett.

„Ich bin lebend, mein armer Freund“, sagte sie. „Ich habe mich auf dem Ball erkältet, ich fürchte mich vor einer Lungenentzündung und erwarte den Arzt.“

„Auch wenn Sie der Tod gezeichnet hätte“, unterbroch Eugénie, „so müßten Sie sich zu Ihrem Vater hinstrecken. Er ruft Sie! Wenn Sie auch nur eine seiner Klagen, eines seiner Worte gehört hätten, so hätten Sie Ihre Krankheit begriffen.“

„Eugen, mein Vater ist vielleicht nicht so krank, wie Sie glauben, aber ich wäre verzweifelt, in Ihren Augen unrecht zu haben, und werde mich ganz so verhalten, wie Sie wünschen. Er, ich weiß es, würde an gekochtem Herzen sterben, wenn man ihn krankheit infolge dieses Aufgebens meinen Tod zur Folge hätte. Nun gut, ich komme, so

balb ich meinen Arzt gesprochen haben werde. Aber warum haben Sie Ihre Uhr nicht mehr?“ fragte sie, die Kette vermissend. Eugen stieg das Blut ins Gesicht. „Eugen, Eugen, wenn Sie sie schon verlaufen, verloren hätten... er wäre sehr unrecht.“

Eugen neigte sich über Delphinés Bett und flüsterte ihr zu: „Sie wollen es wissen, nun gut: Ihr Vater hat nicht einmal das Geld für das Leihentuch, in das man ihn heute abend legen wird. Ihre Uhr ist verlegt, ich habe nichts mehr.“

Mit einem Satz sprang Delphine aus dem Bett, lief zu ihrem Schreibtisch, nahm ihre Börse und gab sie Rastignac. Sie lächelte und rief: „Ich komme auf der Stelle, Eugen. Lassen Sie mir nur die Zeit, mich anzuziehen, ich wäre ja ein Ungeheuer, wenn ich nicht käme. Gehen Sie, ich werde vor Ihnen da sein. Therese“, rief sie ihrer Kammerfrau zu, holen Sie Herrn von Nucingen, ich muß mit ihm auf der Stelle sprechen.“

Eugen, glücklich, dem Sterbenden das Kommen wenigstens der einen Tochter versprechen zu können, kam fast heiler in der Rue Neuve-Sainte-Geneviève an. Er öffnete Delphinés Börse, um den Kausch sofort bezahlen zu können. Die Börse dieser jungen eleganten Frau enthielt genau siebzehn Franken. Als er ins Zimmer kam, wurde Vater Goriot von Blanchon gehalten und im Beisein des Arztes vom Chirurgen des Spitals operiert. Man brannte ihm den Rücken mit Brennpflanzern, letztes Heilmittel der Wissenschaft, ein überkühliges Heilmittel.

„Fühlen Sie sie?“ fragte der Arzt. Vater Goriot erblickte den Studenten und jagte als Antwort: „Sie kommen, nicht wahr?“ „Er kann noch gerettet werden“, sagte der Chirurg, „er spricht.“

„Ja“, antwortete Eugen, „Delphine folgt mir auf dem Fuße.“

„Ach“, sagte Blanchon, „er spricht von seinen Töchtern, nach denen er schreit, wie ein Mann auf dem Pfahl nach Wasser schreit.“

„Genug“, sagte der Arzt zum Operateur, „wir können nichts machen, er ist nicht zu retten.“

Blanchon und der Chirurg legten den Sterbenden platt auf sein schmutziges Lager nieder.

„Man müßte seine Wäsche wechseln“, sagte der Arzt. „Wenn es auch keine Hoffnung mehr gibt, so muß man die menschliche Natur in ihm achten. Ich komme wieder, Blanchon. Geben Sie ihm Opium, wenn er stöhnt.“

Der Chirurg und der Arzt gingen fort.

„Nur Mut, mein Junge!“ sagte Blanchon zu Rastignac, als sie allein waren. „Man muß ihm ein sauberes Hemd überziehen und seine Bettwäsche wechseln. Sag Sylvie, daß sie Betttücher bringen und uns helfen soll.“

Eugen ging die Treppe hinunter, Frau Bauquer und Sylvie waren im Begriffe, den Tisch zu decken. Bei Rastignacs Worten kam die Witwe mit der süß-sauren Miene einer Verkäuferin, die weder ihr Geld verlieren noch den Kunden verlegen möchte.

„Mein lieber Herr Eugen“, sagte sie. „Sie wissen genau so gut wie ich, daß Vater Goriot seinen Pfennig mehr hat. Einem Mann, der im Begriffe ist, die Augen zu schließen, Betttücher geben, heißt soviel, wie sie verlieren, um so mehr, als man das eine als Leihentuch wird opfern müssen. Die sind mir schon hundertvierzig Franken schuldig, rechnen Sie vierzig Franken für die Betttücher dazu, außerdem einige andere Kleinigkeiten, so das Licht, das Sylvie Ihnen geben wird, das macht zusammen mindestens zweihundert Franken, die eine arme Witwe wie ich nicht verlieren im-

stande ist. Meiner Frau seien Sie gerecht, Herr Eugen, ich habe gerade genug in den fünf Tagen verloren, seitdem das Unglück bei mir eingezogen ist. Ich hätte zehn Taler auf den Tisch gelegt, wenn der alte Mann wirklich an jenem Tag das Haus verlassen hätte, an dem Sie es mir gesagt haben. Solch ein Todesfall macht meinen Pensionären einen schlechten Eindruck. Weinade hätte ich ihn ins Spital überführen lassen. Versehen Sie sich doch einmal in meine Lage. Meine Pension steht für mich über allem, das ist mein Leben.“

Eugen raste die Treppe herauf.

„Blanchon, das Geld für die Uhr?“

„Es liegt dort auf dem Tisch, dreihundert und einige schzig Franken sind übrig geblieben. Unsere Schulden habe ich erst mal von diesem Gelde beglichen. Die Quittung vom Verfallamt liegt darunter.“

„Dier, Frau Bauquer“, sagte Rastignac voller Ekel, „wir wollen unsere Rechnung in Ordnung bringen. Herr Goriot wird nicht mehr lange bei Ihnen bleiben und ich...“

„Ja, er wird mit den Füßen voran aus dem Haus getragen werden, der arme alte Mann“, sagte sie und zählte zweihundert Franken mit einer Miene ab, die zwischen Heiterkeit und Melancholie schwankte.

„Machen wir ein Ende“, sagte Rastignac. „Sylvie, nehmen Sie die Leintücher und helfen Sie den Herren oben.“

„Sie werden Sylvie nicht vergessen“, raunte Frau Bauquer Eugen zu, „sie hat schon zwei Nächte gewacht.“

Die Alte lief zu ihrer Köchin, als Eugen ihr kaum den Rücken zugekehrt hatte.

(Fortsetzung folgt.)

Anstalt einverleibt wurde, war diese auch in Bezug auf die Verpflegung unabhängig geworden.

In der Anstalt werden strolchige Kinder vom vierten Lebensjahre an aufgenommen. Die obere Altersgrenze bewegt sich bei Knaben bis zum 14., bei Mädchen bis zum 16. Lebensjahr. In der Anstalt werden die Kinder nach dem Alter, dem Fortschritt der Krankheit und dem Geschlechte in verschiedene Abteilungen eingeteilt.

An der ganzen Anstalt können gegenwärtig in der Winterzeit 500 Kinder, in den Sommermonaten, in denen auch die Holzgebäude benützt werden, 600 Kinder aufgenommen werden.

Sämtliche Abteilungen der Heilanstalt sind mit den modernsten Einrichtungen versehen, die Anstalt besitzt einen eigenen Pavillon für Seltiotherapie (Sonnenbestrahlung), der gemeinsame Behandlungspavillon hat zwei Operationssäle, die mit einem reichhaltigen Instrumentarium ausgestattet sind.

Alle Räume sind elektrisch mit Licht ausgestattet, in jeder Abteilung sind Waschräume, ferner Wasserheizräume mit Bädern, Duschen und Massagetischen vorhanden.

In Luz befindet sich ein selbständiges Schulgebäude mit vier Klassen, in der Zweiganstalt Chronovic sind zwei Klassen der Schulfamilie im Schlosse direkt untergebracht.

Allen Kindern wird ohne Unterschied der Gesellschaftsklasse und ohne Rücksicht darauf, ob sie gegen Bezahlung oder auf Landeskosten verpflegt werden, die selbe Behandlung zuteil. Das Tragen von eigenen Kleidern und eigener Wäsche ist in der Anstalt nicht gestattet.

In den letzten Jahren hat die Anstalt bedeutende Erfolge erzielt. So konnten im Jahre 1922 von den aufgenommenen Kranken 56 Prozent als geheilt entlassen werden.

Wie aus der Statistik, die über diese Anstalt jenen herausgegeben wurde, ersichtlich ist, beträgt der tägliche Aufwand für ein Kind 32 K 50 h. Die tägliche Verpflegungskosten betragen 30 Kronen.

Die Anstalt erhält und die Oberverwaltung leitet der Landesverwaltungsaußschuß in Böhmen. Diese Körperschaft verwaltet außer der Anstalt in Luz noch die Landesanstalt für strolchige Kinder in Jwidau mit 70 Betten und die Landesheilanstalt für Tuberkulose in Schwarzkošteley mit 45 Betten.

Der katholische Pfarrer und das Judenmädchen.

Aus der Gemeinde Arzemesch (im Bezirk Bilin) wurde dem „Straß na Severu“ ein interessantes Märchen zur Veröffentlichung übersendet, das so treffend die Auffassung der Pfaffen über das Christentum, „Christi: die Kleinen zu mir kommen“, charakterisiert, daß wir es unseren Lesern nicht vorenthalten wollen.

In Arzemesch wohnt der katholische Pfarrer P. Anton M e h l. Man erzählt von ihm, daß er schlau geboren wurde, daß er die Annehmlichkeiten dieser Welt versteht und daß es ihm nicht einfallt, Körper, Welt und Teufel zu überwinden.

Er hat es sich im großen und ganzen bequem eingerichtet. Jrgendwo trieb er ein fideles und fröhliches Mädchen auf, welches ihm helfen sollte, das schwere Joch des Bölkens zu tragen. Es

ist 17 Jahre alt, ist fröhlich, es lacht gern und freut sich auch noch anderer guter Dinge. Das es jüdischen Glaubens ist, das fällt bei so vielen guten Tugenden sicher nicht ins Gewicht. Fräulein Lucie, welche der Herr Pfarrer als seine Schutzbefohlene ausgab, hat ihm die Einfaßtheit so angenehm wie möglich in gelasteten Versuchen; er spielte ihr dafür auf dem Piano verschiedene alte Balladen und Romane, auch moderne Schöner vor und oftmals auch erheiterten sie sich miteinander. So herrschte immer ein fröhliches Leben in der Pfarrei. Lauter Liedchen und lauter Lachen. Und wenn es beiden zu einsam wurde, kamen auf die Pfarre zahlreiche Besucher. Es gingen dorthin Herren aus Postomitz und anderswoher und oft ertönte die ganze Nacht hindurch auf der Pfarre wilder Tanz und wildes Gelächter.

Unerwartet kam ein Ereignis. Es ist schon einige Wochen her, daß auf dem Gemeindevorstand ein Brief einlangte, in welchem der Vater der fischen Lucie, ein Badermeister aus einer Gemeinde in Preußisch-Schlesien, verlangte, daß das Töchterchen „mit Amtsbegeleitung“ (Schul) in das Vaterhaus zurückgebracht werden soll, von wo es ausgerissen war, ohne jemandem etwas mitzuteilen. Das Gemeindevorstand übergab die Angelegenheit der Postomitzer Gendarmerie und diese besuchte den Herrn Pfarrer und die schöne Lucie. Es wurde sichergestellt, daß sich das Mädchen ohne amtliche Erlaubnis (ihre Papiere) seit einem dreiviertel Jahr verhalten und auch ohne Erlaubnis ihres Vaters in unserer Republik aufhält. Es wurde deshalb festgenommen und auf das Kommando geführt, damit weitere Nachforschungen gepflogen werden können.

Der Herr Pfarrer war ein Gentleman. Er ließ keine fische Freundin nicht ohne weiteres in den Händen der Gendarmerie. Er forschte nach ihr und erbat sich die Erlaubnis, daß sie auf zwei Stunden zu ihm auf den Pfarrhof gehen kann, damit sie sich in Ordnung verabschieden und ihre Sachen mitnehmen könne. Nun, die Gendarmen waren nicht aus Stein, und als sich der Pfarrer ehrenwörtlich verpflichtete, daß er das Mädchen binnen zwei Stunden zum Zuge bringen werde, mit dem es nach Hause gebracht werden sollte, gaben sie die „Erlaubnis“.

Zu spät bereute der Gendarmeriekommandant, daß er dem Ehrenwort des Herrn Pfarrers Glauben geschenkt hatte. Das Mädchen fand sich zum Zuge nicht ein. Er erkundigte sich daher am nächsten Tage neuerlich auf der Pfarre. Aber von dem Mädchen war keine Spur. Der Herr Pfarrer versicherte dem strengen Hüter des Gesetzes, daß das Mädchen weggegangen wäre, daß er von ihm nichts wisse, er verleugnete es also wie Petrus den Christus.

Aber Gendarmen sind Gendarmen. Und einmal gebrannt, ließen sie sich nicht ein zweites Mal brennen. Sie suchten und suchten, bis sie die liebe Jüdin fanden. Und rater, wo? Auf der katholischen Pfarre in Tepliz! Sie war auch dort Abschied nehmen, und da es ja in Wahrheit ein Mädchen mit dem Teufel im Leibe war, dauerte dieses Abschiednehmen zwei Tage.

Das Ende davon war schon profaisch. Das Mädchen ließen sie nicht mehr fort, sie brachten es in den Zug und führten sie in sicherer Begleitung in die väterlichen Hände. Was den Pfarrer anbelangt, führt man von ihm, daß er sich den Abgang seiner teuren Lucie nicht sehr zu Herzen nahm. Und damit er nicht plötzlich vereinsamt, bemüht er sich mit allen Kräften um Ersatz für die warmen Umarmungen, wobei sein erregtes Blut in den blauen Adern so wunderbar pulsierte. Nun, seien wir Leute, die jedem etwas gönnen. . . Wir haben nur die bescheidene Frage: „Hat sich die schöne Jüdin auch vom Herrn Vater Meinet verabschiedet?“

Die Deutschlandhilfe der Bodenbacher Arbeiterkassa. Heute wird in Bodenbach eine allgemeine Sammlung für die Deutschlandhilfe über Anregung des Zentralhilfskomitees „Deutschlandhilfe“ in Prag durchgeführt werden. Um die für die Durchführung der Aktion notwendigen Beihilfen zu fassen, fand am Donnerstag eine vom Bürgermeisteramt einberufene Sitzung von Vertretern der verschiedenen Parteien und Vereine statt, wobei mitgeteilt wurde, daß diese Sammlung keinen politischen Charakter trage. In Teilschen sollte gleichfalls heute eine Sammlung durchgeführt werden, aber zu der Sitzung am Donnerstag waren aus der Stadt des „echten deutschen Bürgertums“ nur vier Vertreter erschienen, so daß die Sammlung in Teilschen heute unterbleiben muß. In der Sitzung konnte der Vertreter der christlichsozialen Partei nicht umhin, bekanntzugeben, daß die christlichsozialen Vereine bereits eine Sammelaktion durchgeführt und sage und schreibe 627 K (!) zusammengedrückt hätten. Unsere Genossen gaben in der Sitzung eine Erklärung ab, in der sie darauf verwiesen, daß die Arbeiterkassa in Bodenbach bisher aufgebracht habe: die sozialdemokratische Partei in Bodenbach 3033 K, die gewerkschaftlichen Organisationen 18.500 K und die genossenschaftlichen Organisationen 3000 K. Außerdem führe die sozialdemokratische Partei in Bodenbach eine Aktion „Kind zu Gast“ zu Gunsten Dresdener Arbeiterkinder durch, der zufolge Mitte Jänner allein nach Bodenbach 50 Kinder kommen werden. Da die organisierte Arbeiterkassa auch für die eigenen Arbeitslosen des Bezirkes Teilschen nicht weniger als 30.000 K aufgebracht hat, die zu Weihnachten zur Verteilung kamen, und da die Deutschlandhilfe der Arbeiterkassa bereits seit Monaten durchgeführt werde, komme die jetzt von den öffentlichen Körpern eingeleitete Aktion für die organisierte Arbeiterkassa bereits post festum. Die Ver-

treter der Arbeiter und Konsumenten werden sich aber durchaus der neuen Sammlung nicht hindern in den Weg stellen, sie machen aber darauf aufmerksam, daß es nicht als ein ablehnendes Verhalten gewertet werden darf, wenn seitens der organisierten Arbeiter bei dieser Sammelaktion auf die bereits erfolgten Leistungen verwiesen wird.

Sakoture der Berliner Lebensmittellieferung. Die Berliner Staatsanwaltschaft hat gegen eine Reihe Berliner Banken und Bankiers Strafverfahren eingeleitet, weil sie durch zu hohe Zinsberechnung und Belastung mit unverhältnismäßigen Bankspesen zu Zahlungsschwierigkeiten des Lebensmittelhändlers beigetragen haben. Der „B. J. am Mittag“ zufolge soll etwa gegen 60 Bankfirmen das Strafverfahren eingeleitet worden sein.

Verprobantierung durch ein Flugzeug. Infolge des starken Eisgangs war das Mitte November auf einer Sandbank unweit Büsum gestrandete Hamburger Motorboot „Sonderburg“ seit Weihnachten völlig vom Festland abgeschnitten. Auf Ersuchen der Reederei beschloß die Gesellschaft für Luftverkehrsunternehmen in Hamburg, ein Flugzeug zur Verprobantierung des auf der „Sonderburg“ zurückgelassenen, bereits empfindlich Hunger leidenden Wärders auszusenden. Die Aufgabe ist trotz der schwierigen Landungsverhältnisse von dem Flugzeug „Hummel“ erfolgreich ausgeführt worden.

Die Katastrophe des Luftschiffes „Dixmuid“. Das französische Marineministerium teilt mit, daß die Kennzeichen, welche auf dem bei Cap San Marco aufgefischten Benzintank festgestellt wurden, darauf hinweisen, daß der Tank von dem verunglückten Luftschiff „Dixmuid“ stammt. Die Luftschiffstation Cuers bestätigt, daß dieser Benzintank im Mittelgange der „Dixmuid“ einmontiert war.

50.000 Dollar für das beste Friedensprojekt. Ein jüdischer Geschäftsmann in Boston hat einen Preis von 50.000 Dollars für das beste Projekt der Festigung des Friedens ausgeschrieben.

Katastrophale Folgen des Schneehochwassers. Die Stützmauer des Tunnelinganges beim Anwaldbahnhofe in der Nähe der Seine in Paris ist in einer Länge von 30 Metern eingestürzt. Das Wasser ist durch den Durchbruch sofort eingedrungen.

Starke Erdbeben in Rußland. Ein Erdbeben vernichtete im Distrikte Samarkand 400 Häuser, 80 Personen wurden getötet.

Die Ermordung Dato. Der Oberste Gerichtshof in Madrid hat das Todesurteil über den Mörder Dato, Mateo Nicola, bestätigt.

Kampf gegen eine berüchtigte jugoslawische Injurienbande. Wie gemeldet wird, haben jugoslawische Gendarmen die berüchtigte Injurienbande des Saba Bazzopovic bei Risio stellig gemacht und nach längerem Feuergefecht elf Personen erschossen, während die übrigen belagert werden und sich wahrscheinlich ergeben müssen, darunter dürfte sich auch der Führer selbst befinden, auf dessen Ergreifung eine Prämie von 400.000 Dinar gesetzt ist.

Von der mexikanischen Revolution. Die Vereinigten Staaten haben an die Regierung Oregons 5000 Gewehre, fünf Millionen Patronen und acht Flugzeuge verkauft. — Reuter meldet aus El Paso in Texas, ein Dampfer der Aufständischen mit Vorräten und Truppen an Bord sei auf dem Wege nach Veracruz in den Felsen von Progreso gestrandet. — Das Hauptquartier der Aufständischen in Veracruz erklärt, daß sich alle Petroleumquellen in den Händen der Anhänger Huertas befinden.

Dokumente über die Entdeckung Amerikas verbrannt? Das Gemeindevorstand des Dorfes Palos de la Frontera, aus dessen Hafen Columbus am 3. August 1492 mit der „Santa Maria“ in See stach, ist durch eine Feuerbrunst vollständig eingeschmelt worden. Man vermutet, daß mehrere örtliche Funktionäre an der Entdeckung des Brandes beteiligt sind, weil sie Angst vor den Folgen der durch das Direktorium angeordneten Untersuchung der Gemeindebücher hatten. Es sind nämlich Untersuchungen vorgenommen, die an der Hand der Bücher nachzuweisen waren. Ein Offizier der Zivilgarde ist aus Madrid abgereist, um die Angelegenheit aufzuklären und zugleich die auf die Entdeckung Amerikas bezüglichen Schriftstücke zu sammeln. Man fürchtet, daß wichtige Papiere des Gemeindevorstandes, unter ihnen auch die Amerikadokumente durch das Feuer vernichtet worden sind.

Austreiben von Wölfen in Italien und Serbien. Man meldet aus Neapel, daß infolge der starken Schneefälle in den Apenninen zahlreiche Rudel Wölfe in die Ebene hinabstiegen und viel Schaden anrichteten. Die Bauern machen mit wenig Erfolg Jagd auf sie. Mehrere Hütten wurden schon von den Bestien überfallen, und Vieh wurde weggeschleppt. Gleichzeitig wird aus Belgrad gemeldet: Infolge des großen Schneefalles und der strengen Kälte in ganz Jugoslawien haben ganze Rudel Wölfe die Gebirgshöhen verlassen und sind, vom Hunger getrieben, in die Niederungen gedrungen. Beim Orte Leva Reka in der Nähe von Negotin überfiel ein solches Rudel die auf dem Heimwege begriffene Witwe Bela Kostics und zerriß sie in Stücke.

Kunstfischsal. Im Variete „Filmed“ in der Thaliger Straße in Berlin ist ein bekannter Artist, Marino, bei der Vorführung abgestürzt. Einer seiner letzten Tricks verlangte, daß er auf

dem Ende der Stange auf dem Kopfe stand. Als er sich in dieser Stellung aufrichtet hatte, verlor er plötzlich das Gleichgewicht, und zum Entsetzen der zahlreichen Zuschauer stürzte Marino mit dem Kopf nach unten von der Höhe der Stange ab ins Orchester. Ein Arzt leistete die erste Hilfe. Er konnte jedoch nur einen schweren Schenkel- und Armbruch sowie eine tiefe Beinwundung feststellen. Auf seine Veranlassung wurde der schwerverletzte Artist nach dem Krankenhaus Bethanen gebracht, wo er gestorben ist. Ein tragisches Geschick hat dem jetzt verunglückten Artisten, der den bürgerlichen Namen Göbe führt, bei einem ganz ähnlichen Unfall vor etwa sechs Jahren den einzigen Sohn geraubt.

Woll er am Selbst nicht mit der Eisenbahn fahren wollte. In Edenburg blieb am Freitagabend der Vorwache ein Junge im Schnee stecken. Der fische Kaufmann Kremsler, der im Juge war, befürchtete, infolge der Verpflegung beim Anbruch des Sabbats am Freitag abend der Ruhetag durch verbotenes Fahren entweichen zu müssen, und machte sich daher zu Fuß auf, um Edenburg zu erreichen. Nach vier Tagen wurde seine Leiche im Schnee gefunden. Er war von einem Schneesturm überrascht worden und umgekommen.

Prager Chronik.

Die Schneekalamität in Prag.

In der letzten Sitzung des Prager Stadtrates wurde eine ausführliche Debatte über die Schneekalamität abgeführt. Der Referent Zizla trug die Gründe vor, warum das Abräumen des Schnees so großen Schwierigkeiten begegne. In erster Reihe ist es der Mangel an Maschinen und Geräten. Zur Disposition stehen sechs (!) Automobile und sechs (!) Pferdegespanne. Dresden allein hat 49 solcher Maschinen. Weiter herrscht ein Mangel an Handwagen, von denen 208 existieren und schließlich der Mangel an Kräften, denn in den ersten Tagen des Schneefalles meldeten sich nur 27 Personen, obwohl die Arbeitsbüro um 580 Personen erlucht wurde. Nun sind 554 Arbeiter beschäftigt und 200 private Fuhrwerke gemietet; es wären wenigstens 1500 Personen notwendig. Trotz der Kälte wird der Schnee massenhaft in die Kanalschächte geworfen, wodurch die Deckungen verstopft und die weitere Beseitigung erschwert wird. Es wurden Maßnahmen getroffen, daß, falls im Laufe des Nachmittags größere Schneemassen fallen, bereits von 11 Uhr nachts ab mit der Beseitigung begonnen wird. Mit der Beseitigung des Schnees hängt die Stöckung mit der Beschaffung der Nische zusammen, besonders da an 2000 Häuser dazu lauern. Die neue Kommission wird Erörterungen anstellen, um diese Kalamität ehestens zu überwinden. Der tägliche Aufwand beträgt ungefähr 20 000 K.

Der Kampf gegen die Wohnungsnot.

Die Prager Gemeinde will zur Bänderung der Wohnungsnot in Zinoniz 60 Häusern beideren Typs errichten, die in sechs bis acht Wochen fertiggestellt sein sollen. Die soziale Beratungsstelle der Hauptstadt Prag nimmt sich der Kinder der wohnungslos gewordenen Familien an, indem sie diese in Kinderheimen beherbergt und ihren Müttern in Dienstloshäusern vorübergehende Unterkunft gewährt.

Volkswirtschaft und Sozialpolitik.

Das Geschenk des Finanzministers an den Zivno-Konzern.

Wir haben in unserer Nummer vom 21. November auf eine Transaktion des Finanzministers hingewiesen, die wir der Zeitschrift „Wirtschaft“ entnehmen haben und die dann Abgeordneter Genosse T a u b zum Gegenstand einer Interpellation im Abgeordnetenhaus gemacht hat. Es handelt sich dabei um folgendes: Im Herbst 1918 wurde die Auslegung einer neuen Kriegsanleihe vorbereitet und diejenigen, die für sich gewisse Vorteile erhofften (Securitieslieferungen, Entbehrungen von Militärdienst) beeilten sich, Vorauszahlungen auf die neue Kriegsanleihe zu leisten. Sie zahlten das Geld bei irgend einer Bank ein und diese überwies es der Wiener Postsparkassa. Die bei der Wiener Postsparkassa deponierten Beträge wurden nach dem Umsturz selbstverständlich zu Wiener Kronen, wodurch diejenigen, die Vorauszahlungen auf die neue Kriegsanleihe geleistet hatten, geschädigt wurden. Aktuell wurde diese Frage durch eine Entscheidung des Obersten Gerichtes vom 25. September 1923, welches dahin lautete, daß dem Betreffenden, der die Vorauszahlung geleistet hat, das Geld in tschechoslowakischen Kronen rückerstattet werden müsse und zwar deswegen, weil derjenige, der der Bank das Geld für die neue Kriegsanleihe überwiesen habe, nicht davon gewußt habe, daß das Geld an die Wiener Postsparkassa weitergeleitet werde. Das Geld sei bei der Bank erlegt worden, um neue Kriegsanleihe zu zeichnen. Da es zur neuen Kriegsanleihe nicht gekommen sei, müsse die Bank dem Betreffenden das Geld wieder in tschechoslowakischen Kronen zurückzahlen. Einige Tage später, bevor dieses Urteil gefällt wurde, ging der Oberdirektor der Zivnostenska Banka P r e i s zum Finanzminister und das Resultat dieses Besuches ist in dem in der „Wirtschaft“ veröffentlichten Schreiben des Finanzministers ersichtlich, worin der böhmischen Industriebank, der Länderbank, der Zentralbank der tschechischen Erntassen und der Zivnostenska Banka zu Händen des genannten Oberdirektors geschrieben wird, daß für diese Beträge wertige Staatsanleihe nach der privilegierten Art im Sinne des Gesetzes vom 24. Juni 1920 gezeichnet

werden kann. — Mit anderen Worten, der Staat übernimmt für die Bank die Vorauszahlungen...

Die Reichsdruckerei „Wirtschaft“ kommt nun auf die Angelegenheit zurück und schreibt: Der Finanzminister greift zu einer Maßnahme...

Die Öffentlichkeit hat bis zum heutigen Tag nichts darüber erfahren, ob die Litres der vierten Staatsanleihe den Banken tatsächlich übergeben wurden...

Und auf eine Antwort auf diese Frage hat die Bevölkerung ein Recht. Sie hat einen Anspruch darauf, klar zu sehen und zu erfahren...

Die Angelegenheit ist also noch immer nicht klar gestellt. Sicher ist, daß die Banken in diesem für sie lukrativen Geschäft 1. die Differenz zwischen tschechoslowakischen und österreichischen Kronen verdienen...

Handelsvertrag mit Griechenland. Die Sammlung der Gesetze und Verordnungen Nr. 115, ausgegeben am 27. Dezember 1923, enthält die vorläufigen Handelsvereinbarungen zwischen der Tschechoslowakei und Griechenland...

Österreichisch-tschechoslowakisches Eisenindustrie. Nach längerem Verhandlungen kam es zwischen der Vereinigung der tschechoslowakischen Eisenwerke und der Alpenen Montangesellschaft zu einem Übereinkommen...

Interessengemeinschaft zweier Banken. Die bürgerliche Wäcker meldet ist zwischen der Böhmisches Escomptebank und Kreditanstalt und der Wäckerischen Escomptebank eine Interessengemeinschaft zustande gekommen...

Die Besserung der Wirtschaftslage in Deutschland. Die vom preussischen Ministerium für Handel und Gewerbe auf Grund von Berichten der preussischen Handelskammern zusammengestellte Monatsübersicht über die Arbeitsmarktlage weist für den Monat Dezember eine leichte Besserung nach...

von Rohstoffen, stehen technische und Beschäftigungsfragen entgegen. Gestiegen wird allgemein über die hohen Frachtsätze. Die Regiebahn hat die Frachtkosten um 30 Prozent erhöht...

Rückgang der Zuderproduktion in Deutschland. Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ berichtet, daß sich nach Beendigung der Rübenverarbeitung jetzt herausstellt, daß etwa sechs bis sieben Millionen Zentner weniger Zuder als im Vorjahre erzeugt worden sind...

Konsolidierung der englischen Wirtschaft. Ein Redakteur des „Daily Telegraph“ hatte heute eine interessante Unterredung mit dem Vertreter der Föderation der britischen Industrie über die Lage des englischen Handels. Der Vertreter der Föderation erklärte, daß sich die Lage bessere, und daß die gegenwärtige Handelsausrichtung günstig sei...

Valorisierung der Steuern in Polen. Mit 4. Jänner sind die Verordnungen über die Valorisierung aller Steuern sowie der Staatseinnahmen aus den Monopolen in Kraft getreten. In der Praxis wird das System der Valorisierung in der Weise durchgeführt, daß nach je zwei Tagen telegraphisch der Kurs des Goldfrank allen staatlichen Ämtern mitgeteilt wird...

Devienturle. Die tschechische Krone notiert in: Berlin 16.70.00, Wien 120.000.000.000, Prag 2070'00

Prager Kurse am 4. Jänner. Table with 3 columns: Item, Price, and another Price. Includes items like 100 holl. Gulden, 1 Billion Mark, etc.

Theater und Kunst.

Hilf Wolter. Dieser Tage ist der tschechische Dichter Hilf Wolter im Alter von 24 Jahren an Tuberkulose gestorben. Wolter war der begabteste und fruchtbarste von allen jungen tschechischen Dichtern...

Spielplan des Neuen Theaters. Heute Sonntag 2.00 Uhr Arbeitnehmer-Vorstellung — Schauspiel Leopold Kramer — „Ara“, abends „Mädi“.

morgen Montag die neuinstudierte Oper „Fidelio“; Dienstag neuinstudiert „Die Czardasfürstin“; Mittwoch neuinstudiert und neuinstudiert „Carmen“; Donnerstag Schauspiel „Die Jüdin von Toledo“; Freitag die Strauß-Oper „Salome“; Samstag im weissen Röhl; Sonntag abends „Boccaccio“.

Aus der Partei.

Bezirksorganisation Prag VII. Donnerstag, den 10. Jänner im Gasthaus „U akademie“ gefälliges Beisammensein.

Mitteilungen aus dem Publikum.

Das Beste für Ihre Augen liefert Optiker Deutsch, Prag, Graben 23. Kl. Bazar.

Friert ein, Gnädigster! Dann kaufen Sie sich sofort einen warmen Mantel oder Kostüm im Inventarverkauf der Firma Busch, Damen- und Kinderschneiderei en gros und en detail, Prag, Graben (Röhopp) 27, Großer Bazar, nur 1. Stock, Eingang vom Bazar.

Herausgeber: Dr. Ludwig Eger und Karl Cermak. Verantwortlicher Redakteur: Dr. Emil Straub. Druck: Deutsche Zeitungs-Druckerei, Prag. Für den Druck verantwortlich: C. Holla.

HERREN-WASCHE Glockenmarke erstklassige Qualität. FOR ENGRÖS JOSEF FEIGL, WASCHE PRAG-VRBOVICE.

Neuheit! Russen in Glasfrügen. 2-1/2 Liter, sehr praktische Packung liefert nebst anderen Sorten und Packungen die Hochkonserven-Fabrik Hugo König - Dimäh.

Verlangen Sie die führenden amerikanischen, prima Schweine-Schmalzmarken und schönsten Speckschnitte. „Apec“ und „Morrell“ Robert Stránský, Prag II., Jungmannova 33.

Insertieren Sie im Sozialdemokrat!

Reine Ansatzhefe mit besonderer Triebkraft und höchster Haltbarkeit. Haascheiner Zucker-, Spiritus- u. Preßhefe-Fabrik der Brüder A. & H. May.

Smith Bros die beste amerikan. Schreibmaschine mit Kugellager und stillem Gang. Spezialhaus für moderne Büroeinrichtungen jed. Art. Giblan & Co., Prag II., Lucerna.

FABRIKS PREISE INVENTUR-VERKAUF Günstigste und billigste Kaufgelegenheit! Damen- und Backfisch-Konfektion en gros und en detail. PRAG, Pflk'py 27 (Grosser Bazar). BUSCH nur 1. Stock Keine Schaufenster Zentrum des Grabens, unmittelbar neben der Böhmisches Union-Bank.

Ausschreibung.

Bei der Stadtgemeinde NEUTITSCHEN gelangt die mit Beschluss der Stadtvertretung vom 10. April 1923 systemisierte Stelle eines

Konzeptsbeamten (Amisdirektor bzw. Stadtskretär)

zur provisorischen Besetzung.
 Bewerbungsbedingungen: Tschechoslowakische Staatsbürgerschaft, volle geistige, sittliche und körperliche Eignung. Alter unter 35 Jahren, vollkommene Kenntnis der deutschen und tschechischen Sprache in Wort und Schrift, sowie der Stenographie und des Tabularwesens, erfolgreiche Ablegung der rechts- und staatswissenschaftlichen Studien und längere Konzeptspraxis. Die Besoldung während der provisorischen Besetzung erfolgt im freien Uebereinkommen unter Zurandelegung des Gemeindebeamtengesetzes.
 Nach einjähriger zufriedenstellender Dienstleistung erfolgt die definitive Ausstellung gemäss der städt. Dienstpragmatik und Anwendung der für die Staatsbeamten geltenden Normen. Entsprechend belegte Gesuche sind bis spätestens 1. Febr. 1924 beim Bürgermeisteramt Neutitscheln einzureichen. Dienstantritt nach Uebereinkommen.
 NEUTITSCHEN, am 4. Jänner 1924.

Der Bürgermeister: **Lr. Schollich m. p.**



Ein Wanderbuch

für das
 Nisttal, u. Erzgebirge,
 Böhml. Böhmisches Schweiß
 Gebirge, u. Riesengebirge,
 Waldenburger u.
 Entengebirge, Gläser-
 gebirge u. Reuscheuer.

Mit vielen Wanderkarten
 in Leinwand gebunden.
 Preis, wenn mit Hinweis
 auf dieses Inserat
 bestellt wird
 nur 6.50 Kronen.

Bücherverzeichnis kostenlos.
**Volksbuchhandlung
 Kremser & Co.,
 Teplitz-Schönau,
 Theresiengasse 18 - 26.**

Alle Bücher

liefert rasch und billig
 die
**Volksbuchhandlung
 Kremser & Co.,
 Teplitz-Schönau,
 Theresiengasse 18 - 26.**

großes Lager in preiswert
 Gelegenheitskäufen.
 Verzeichnisse senden wir
 auf Wunsch kostenlos

Bibliotheken

für Organisationen,
 Vereine, Gemeinden,
 Gewerkschaften, Schulen
 usw. werden zweckent-
 sprechend zusammenge-
 stellt, sowie ergänzt,
 von der
**Volksbuchhandlung
 Ernst Sattler,
 Karlsbad.**

Kochendes Wasser + Kivi = ausgezeichnete Rindsuppe



Der lesende Arbeiter

das ist der
 denkende und kämpfende
 Arbeiter!
 In der Not der Arbeitslosigkeit,
 im Kampfe um bessere
 Arbeitsbedingungen,
 im Kampfe um gelungene Freiheit
 und Kultur ist der
„Sozialdemokrat“
 das Zentralorgan der deutschen
 sozialdemokratischen Arbeiter-
 partei in der tschechoslowaki-
 schen Republik das einigende,
 geistige Band, welches das
 deutsche Proletariat im Anprall
 und Abwehr zusammenschweißt
 und Abwehr zusammenschweißt
**Werdet Leser und werbet
 neue Leser des
 „Sozialdemokrat“**

Ausschneiden und einsenden.

Abonnements-Bestellschein. Abonnieren ab 192
 monatlich 16 Kč — vierteljährlich
 48 Kč — halbjährlich 96 Kč — ganzjährig 192 Kč (nicht Zutreffendes
 durchstreichen) den

„Sozialdemokrat.“ — Verwaltung Prag II., Bavlčkovo nám. 32.

Deutsch schreiben

Vor- und Zuname: _____
 Beruf: _____
 Ort, Bezirk _____
 Strasse und Nr. _____



GUSTO

IN APARTEN EMAILDOSEN
SPEISEFETT DER FEINSTEN KÜCHE

UM 50% BILLIGER
 ALS
 NATURSCHMALZ

**100% GRIESLIGES
 HOCHAROMATISCHES
 SPEISEFETT**

**FAST
 UNBEGRENZTE
 HALTBARKHEIT.**

**NACH GEBRAUCH
 PRAKTISCHE ZIERDE
 JEDER KÜCHE.**

Verbreitet die Arbeiterpresse!

UM

jedermann, auch dem Minderbemittelten, Gelegenheit zu bieten, sich in diesen Frösten warm und billig kleiden zu können, verkaufen wir jetzt

unter dem Inventurpreise:

kurze Pelze	früher	Kč 490.—	bis	8000.—
	jetzt	Kč 290.—	bis	4000.—
Chausseur- wächter- flieger- Reise- Pelze	früher	Kč 1200.—	bis	9000.—
	jetzt	Kč 550.—	bis	5000.—
Stadtpelze	früher	Kč 3600.—	bis	15000.—
	jetzt	Kč 750.—	bis	9000.—
Fussäcke	früher	Kč 950.—	bis	1800.—
	jetzt	Kč 500.—	bis	900.—

Zu gleich niedrigen Preisen verkaufen wir jetzt lange und kurze Winterröcke, Raglans, sowie sämtliche andere Winterware, auch Trikots, Wollwesten, Sweater, Handschuhe etc.

Dieser Verkauf währt nur kurze Zeit. Beeilen Sie sich gefl. ehe ausverkauft ist.

Konfektionshaus
Sigmund Stránský,
PRAHA, Hybernská.